

**Zeitschrift:** Beiheft zum Bündner Monatsblatt  
**Herausgeber:** Verein für Bündner Kulturforschung  
**Band:** 3 (1993)

**Artikel:** Dorf Sagogn - Marktort Ilanz : sozialer Wandel in der Surselva von 1880 bis 1920  
**Autor:** Steinhauser, Margrit  
**Kapitel:** 2: Landwirtschaft  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-821116>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 02.05.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## II LANDWIRTSCHAFT

### 1. HAUPTMERKMALE DER BÄUERLICHEN BETRIEBS- STRUKTUR

Im Jahr 1905 wurden im Kanton Graubünden über 12 805 landwirtschaftliche Betriebe mit einer Gesamtfläche von 248 211 Hektaren gezählt. Der grösste Teil dieser Fläche, nämlich 237 519 Hektaren, war Wies- und Weideland. Die Ackerfläche betrug 4189 Hektaren, 154 Hektaren entfielen auf Garten, 313 Hektaren auf Rebland und 606 Hektaren auf Streuland. Der Waldanteil betrug 5430 Hektaren.<sup>37</sup> Diese Zahlen weisen auf ein typisches Viehzuchtgebiet hin. Mit 95,7% Wies- und Weidelandanteil an der gesamten Produktionsfläche stand der Kanton Graubünden an der Spitze der Schweizer Kantone. Der Anteil der Landwirtschaftsbetriebe an den Haushaltungen betrug 46,6%. Für 31,6% war die Landwirtschaft die einzige Erwerbsquelle. 26,6% besaßen fünf oder mehr Stücke Grossvieh; 8,6% sechs oder mehr Ziegen. Hinter dem Kanton Wallis stand der Kanton Graubünden somit gesamtschweizerisch an zweiter Stelle<sup>38</sup> (vgl. auch Tabelle 3<sup>39</sup>).

Die meisten Bauern besaßen eigenen Grund und Boden. Zusätzlich verfügten sie aber meistens noch über gepachtetes Land. Als Folge der Realteilung war das Land häufig sehr zerstückelt, was die Bewirtschaftung natürlich erschwerte. Die Betriebe waren meist Familienbetriebe, in denen die Kernfamilie sowie die im selben Haushalt lebenden Verwandten zusammenarbeiteten. Deshalb gab es auf einem durchschnittlichen Hof mit einer Gesamtfläche von sieben Hektaren normalerweise nur einen oder zwei festangestellte Dienstboten. Zur Erntezeit wurden allerdings oft zusätzliche Hilfskräfte benötigt.

Im Bezirk Glenner verfügten von insgesamt 1672 Betrieben deren 86,3% über 874,25 Hektaren Ackerland. Dies ergibt für den Einzelbetrieb eine Ackerfläche von 0,6 Hektaren. 1507 Betriebe (90,1%) besaßen gesamthaft 9315,42 Hektaren Wies- und Weideland, d.h. pro Betrieb durchschnittlich 6,2 Hektaren. Ausserdem verfügten die meisten Bauern über einen speziellen Getreideacker, der im Durchschnitt eine Fläche von etwas über 43 Aren aufwies.

Die Zahlen für den Bezirk Vorderrhein waren ähnlich. Aus topografischen und klimatischen Gründen war der Anteil des Ackerlandes allerdings kleiner, hingegen waren die Ausmasse von Wies- und Weideland grösser (vgl. *Tabelle 3*<sup>40</sup>).

## 2. TIERBESTAND

### 2.1 Grossvieh<sup>41</sup>

Während des untersuchten Zeitraumes blieb der Grossviehbestand in der Surselva annähernd stabil. Dies ist vor allem deshalb erstaunlich, weil die Verluste durch die Maul- und Klauenseuche doch recht beträchtlich waren.

Im Oktober 1898 wurde die Viehzuchtgenossenschaft von Sagogn gegründet.<sup>42</sup> Laut dem Herdenbuch wurden fast alle Bauern Mitglieder. Während des untersuchten Zeitraumes wird nur von einem einzigen Austritt aus der Genossenschaft berichtet.

Jedes Jahr wurden neue Tiere aufgenommen, die alten taxiert und allenfalls ausgemustert. In den ersten Jahren wurden noch viele Tiere wegen mangelnder Qualität zurückgewiesen. Später besserte sich die Situation, da nun auf einen wirklich guten Bestand gezählt werden konnte.

Die Stiere gehörten der Zuchtgenossenschaft und nicht dem einzelnen Bauern. Sie wurden gegen Entgelt von einem oder mehreren Mitgliedern der Genossenschaft gehalten.

Bei einer genaueren Analyse des Herdenbuches ergeben sich einige interessante Aufschlüsse über den Viehbestand von Sagogn. Dies betrifft vor allem Herkunft, Alter, Taxierung der Tiere, Nachzucht und Verkauf.

Die meisten Tiere stammten aus eigener Zucht, doch wurde selbstverständlich auch dann und wann ein Tier aus der Nachbarschaft zugekauft. Kälber – vor allem Stierkälber – wurden fast ausnahmslos verkauft. Nur besonders schöne, weibliche Tiere wurden für die Zucht behalten. Die Punktezahl der Taxierungen weist einen eindeutigen Qualitätsanstieg über die Jahre hinweg aus. In der Grossviehzucht von Sagogn darf also von einem Fortschritt gesprochen werden. Ausserdem gewährleistete die steigende Nachfrage auch gute Preise.

Der Viehverkauf war für die Bauern von grösster Wichtigkeit. Die Kundschaft bzw. die Abnehmer der Tiere kamen zum Teil aus dem benachbarten Italien: Während der untersuchten Zeit (1898–1920) gingen 13,2% der Kuhverkäufe nach Italien und etwa 2,8% der Kühe wurden nach Deutschland verkauft. Mehr als die Hälfte, nämlich 54,1%, blieben im eigenen Kanton, 39,5% davon in der Surselva selbst. Ein traditionelles Absatzgebiet war auch die Ostschweiz, wo die beiden Appenzell und der Kanton St. Gallen 14,1% abnahmen. Für über 15,1% der Verkäufe sind keine Angaben zum Bestimmungsort vorhanden. Die Verkäufe von Kälbern wurden im Herdenbuch nicht erfasst.

Viele auswärtige Kunden waren Stammkunden und kamen jedes Jahr. So wickelte sich der Viehhandel über ein Netz von Beziehungen ab, das mit den Jahren auch zu persönlichen Beziehungen führen konnte. In der Gemeinde Sagogn gab es drei Viehhändler, die offenbar häufig auch als Zwischenhändler tätig waren; d. h. sie kauften den einheimischen Bauern Tiere ab, die sie dann selbst weiterverkauften. Die Bauern profitierten wohl von den Geschäftsbeziehungen ihrer Händler; sie mussten aber auch einen gewissen Verlust wegen deren Verkaufsmarge in Kauf nehmen.<sup>43</sup>

## 2.2. Kleinvieh<sup>44</sup>

Die Kleinviehzucht war in den Gebirgsgegenden der Schweiz stets von besonderer Wichtigkeit. Das Schaf liefert die Produkte Wolle und Fleisch, die beide für den bäuerlichen Haushalt wichtig sind. Auch arme Leute konnten sich – statt einer Kuh – wenigstens ein, zwei Ziegen oder Schafe und vielleicht sogar ein Schwein halten. Durch die Öffnung der Schweiz zum Weltmarkt ergab sich aber vor allem im Bereich der Schafhaltung eine starke Konkurrenz.

Seit dem ersten Erscheinen des «Volkswirtschaftlichen Blattes» im Jahr 1877 war auch die Kleinviehzucht ein Anliegen der Redaktion. Besondere Aktualität gewann das Thema dann in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Dafür waren verschiedene Gründe massgebend:

1. Ein vermehrtes Interesse an bäuerlichen Fragen verband sich mit der Festigung der bäuerlichen Interessenorganisation.
2. Der Grossviehbestand war durch die Maul- und Klauen-seuche stark bedroht.

3. Durch die Kriegsgefahr rückte die Problematik der Eigenversorgung in den Vordergrund. Ausserdem stiegen die Preise.

4. Die vermehrte Schafhaltung in den überseeischen Gebieten konkurrenzierte die gesamte europäische Schafzucht.

Im Jahr 1880 gab es in Europa noch ungefähr 220 Mio. Schafe; im Jahr 1890 waren es zwischen 160 und 170 Mio. Tiere. Im gleichen Zeitraum vergrösserte sich der überseeische Schafbestand um 170 Mio. Tiere. *Tabelle 4* verdeutlicht die Situation.<sup>45</sup>

Im Jahr 1866 erreichte der Schafbestand im Kanton Graubünden eine Zahl von 88 407 Stück. Bis 1911 nahm der Bestand um 30 100, d. h. 34 %, auf 58 307 Tiere ab (vgl. *Tabelle 5*).<sup>46</sup>

Im Bezirk Glenner (-13,6 %) wie im Kreis Ilanz (-13 %) und in der Gemeinde Sagogn (-19,4 %) war der Rückgang der Schafhaltung im Zeitraum von 1896 bis 1920 zwar deutlich, aber doch nicht so stark wie beispielsweise in Ilanz. Dort sank die Anzahl der Schafe im selben Zeitraum von 67 auf 15 Stück (-77,6 %!).<sup>47</sup>

Wie *Tabelle 6* zeigt, nahmen aber zur gleichen Zeit die Einfuhren stark zu.<sup>48</sup>

Die bündnerische Art der Schafzucht wurde stark kritisiert. Es hiess, dass die Professionalität fehle; ja, es gäbe nicht einmal ein einheitliches Zuchtziel im ganzen Kanton. Deshalb seien die Bündner Schafe auch keine eigentliche Rasse, sondern wiesen Merkmale verschiedenster Typen auf. Das «Volkswirthschaftliche Blatt» schrieb über Schafzucht und -handel im Oberland folgendes:

«Das Schaf, dieses an und für sich so armselige Thier, wird bei uns im Oberlande in vielen Gemeinden ganz schlecht behandelt. Lobenswerthe Ausnahmen sind auch zu finden, jedoch selten. Während des ganzen Winters erhält es das geringste Futter, meistens sogar nur schlechtes Ried und solches nicht zur Genüge. So lange als im Spätherbste irgendwo eine kleine Halde noch nicht mit Schnee bedeckt ist, wird das Thierlein, bei grösster Kälte und gefrorenem Boden darauf getrieben. Der Körper, der ohnehin von schwacher Constitution ist, wird dabei im Laufe des Winters so mager und schwach, dass es jedem Menschen Erbarmen einflössen sollte. Doch nein das arme Schäflein wird nun erst recht gequält. Es wird seiner natürlichen Wollkleidung beraubt und alsdann noch und mit leerem Magen auf das Feld hinausgetrieben. Da soll es nach Nahrung suchen, wenn auch

nicht ein alter Stengel zu finden ist. Sobald grössere Strecken schneefrei werden, muss es während der kalten Nächte im Freien campiren und selbstverständlich furchtbar leiden. Einzelne Stücke bleiben am Morgen im Lager liegen und haben ausgelitten. Hunderte gehen auf diese Weise zu Grunde. Es ist das Bild einer ächten Hungerwirthschaft.»<sup>49</sup>

Im Grunde genommen hätte eine fleischorientierte Schafzucht gute Marktchancen gehabt, da die Nachfrage nach Lamm- und Schaffleisch wegen der Fremdenindustrie stark angestiegen war. Im «Bündner Bauernblatt» hiess es 1913:

«Seit das Ausland keine Schafe mehr in die Schweiz einführen kann (aus seuchenpolizeilichen Gründen), oder dann unter erschwerenden Bedingungen, ist die Nachfrage nach Schweizerschafen dermassen gestiegen, dass unsere Schweizer Metzger 'rübes und stübes' alles schlachten, was Fleisch und Wolle trägt, 'das Lamm im Mutterleib' wird nicht verschont.»<sup>50</sup>

Der Verfasser befürchtete wegen der enormen Nachfrage gar eine Ausrottung der ganzen Zucht in der Schweiz.

Im Jahr 1894 definierte das «Volkswirthschaftliche Blatt» die wichtigsten Zuchtziele folgendermassen:

«Ein gutes Fleischschaf, den heutigen wirthschaftlichen Verhältnissen entsprechend, soll also:

1. Ein Minimallebensgewicht von 80–100 Pfund haben.
2. Die für die Schlachtbank werthvollsten Theile sollen möglichst gut entwickelt und die minderwerthigen oder werthloseren Theile möglichst eingeschränkt sein. Demnach soll ein gutes Fleischschaf haben: Kopf leicht, Hals kurz und kräftig, tiefen, breiten, tonnenförmigen Rumpf, geraden, breiten Rücken, kurze, breite, fleischige Lende, langes, breites Kreuz, fleischige Keulen, womöglich bis zum Sprunggelenk mit starken Fleischmuskeln besetzt, tiefen, geschlossenen Spalt, dabei ein feines, aber kräftiges Knochengerüste.
3. Mit Rücksicht auf unsere klimatischen und Bodenverhältnisse müssen wir auch auf die Widerstandsfähigkeit gegen klimatische Einflüsse, lebhaftes Temperament und gute Weidgängigkeit besonders Gewicht legen.
4. Als Nebennutzung dürfen wir von einem solchen Schafe ein grosses Schurgewicht und weiche, haltbare Wolle fordern. Der Stap-

pel soll zum grösseren Schutze gegen Wind und Wetter gut geschlossen, das Vliess gut ausgeglichen sein.»<sup>51</sup>

Der damalige Zuchtstand vermochte nur wenigen der oben genannten Bedingungen zu genügen.

Weitere Verbesserungsvorschläge betrafen den Schafhandel:

«Die Schafe werden in der Regel während der Monate Mai und Juni verkauft. Dieses geschieht fast nie gegen baares Geld, sondern man gibt sie dem Krämer gegen 'Waare'. Vom Klein-Krämer wandern sie zum Gros-Krämer wieder gegen Waare und werden sodann irgend einem Urner- oder Glarner-Alpbesitzer gegen Geld verkauft. Im Laufe des Sommers gelangen die Thierlein bei dem Metzger an, welcher schliesslich das Schaffleisch theuer und gut an die Konsumenten verkauft. Natürlich will jeder, der bei dieser weitläufigen Vermittlung zwischen den Produzenten und Konsumenten sich mehr oder weniger betheiltigt, seinen ordentlichen Lohn und Gewinn haben. Die Folge ist die, dass der Produzent für die Schafe Spottpreise löst und der Konsument theures Fleisch erhält... Würde der Schafzüchter das Thier selber sömmern – Alpen fehlen bei uns ja nicht – und sie im Herbst schlachten, so würde er auch Waare haben für das Haus.»<sup>52</sup>

Im untersuchten Zeitraum war auch der Ziegenbestand zurückgegangen, allerdings nicht in einem derartigen Ausmass wie der Schafbestand. Die Ziegenhaltung wurde einige Zeit stark kritisiert, dies vor allem wegen der Gemeinatzung und den durch sie verursachten, grossen Schäden. Dann allerdings erkannte man die positiven Seiten des Tieres. Dies betraf besonders die gute Eignung für die kargen Verhältnisse in den Bergen. Die landwirtschaftlichen Experten propagierten die Stallfütterung und den Weidgang unter Aufsicht eines Hirten. Man glaubte, dass dadurch die Schäden an den Pflanzungen weitgehend verhindert werden könnten.<sup>53</sup> Die Ziegenhaltung wurde auch aus ernährungswissenschaftlichen Gründen empfohlen, da die Ziegenmilch zu einer guten Kindernahrung gehörte. Bei einer grösseren Sorgfalt in der Auswahl des Zuchtmaterials in den Gemeinden könnte zudem die Rasse verbessert werden.<sup>54</sup>

Das Oberland blieb eine Bastion der Ziegenzucht. Alp-, Herde- und Heimziegen erfreuten sich grösserer Beliebtheit als anderswo.<sup>55</sup>

In der Schweiz stieg der Bedarf an Schweinefleisch stetig an. Da die Inlandproduktion den Bedarf bei weitem nicht zu decken vermochte,

hätte die Schweinezucht rentabel sein können. In den Jahren 1896 bis 1920 ist im Oberland aber ein eindeutiger Rückgang der Schweinehaltung zu verzeichnen.<sup>56</sup>

Verglichen mit der Schaf- und Ziegenhaltung spielte die Schweinehaltung traditionellerweise wohl eine kleinere Rolle in der Ökonomie des Bündner Oberlandes. Schweine hielt man normalerweise nur für den Eigenbedarf. Es scheint, dass traditionelle Gewohnheiten für die Oberländer Bauern eine wichtige Rolle spielten.

Im Jahr 1916 wurde die Kleinviehzychtkommission gegründet. Es war ihr Ziel, mit Information und politischer Arbeit das Verständnis für eine moderne Kleinviehzycht zu wecken und zu fördern und einen kantonalen Kleinviehzychtverband zu gründen. Zudem sollten die Exportmöglichkeiten auch im Krieg bestehen bleiben. Die Bauern wurden aufgerufen, sich in Kleinviehzychtgenossenschaften zusammenzuschliessen.<sup>57</sup> Bis es aber auf diesem Gebiet zu einem Aufschwung kam, sollte noch einige Zeit vergehen.

### 3. VIEHHANDEL

#### 3.1 Marktbetrieb

Früher war es üblich, das Vieh im Herbst über den Lukmanier zu den italienischen Märkten zu treiben. Dies brachte verschiedene Nachteile mit sich. Der Ökonom Andreas Rudolph Planta (1819–1889), ein engagierter Vertreter der «Ökonomischen Gesellschaft», plädierte für eine Umstrukturierung des Viehhandels. Er meinte, die Käufer müssten ins Land gelockt werden, denn der allherbstliche Zug der Oberländer Bauern mit ihren Tieren über den Lukmanier sei mit zuviel Unbill verbunden:

«Durch Verlust auf Geld, auf Preisen, durch Erkrankung des Viehs auf der Reise, durch Losschlagenmüssen desselben zu jedem Angebot haben wir doch schon genug gelitten.»<sup>58</sup>

In der Tat zeitigten die Bemühungen der Regierung Erfolg, und das Marktgeschehen verlegte sich immer mehr nach Graubünden. Dennoch trieb man noch anfangs des 20. Jahrhunderts Vieh zu den Märkten von Olivone, Lugano und nach Oberitalien.<sup>59</sup> Die wichtigsten Marktorte im Kanton waren Disentis, Ilanz, Thusis und Davos. Da-

neben gab es noch eine Reihe von kleineren Märkten. In der Surselva fanden sie in Sumvitg, Trun, Schluein und Villa statt. Zwischen der Alpentladung im Herbst und dem nächsten Alpaufzug reihten sich die verschiedenen Termine aneinander. Die Regierung setzte sie fest, bewilligte auf Antrag zusätzliche Daten oder Verschiebungen aus triftigen Gründen. Sie war beispielsweise befugt, Märkte wegen Seuchengefahr abzusagen. In Viehmarktpetitionen gelangten die Bürger an den Kleinen Rat, wenn sie mit der Handhabung der Marktordnung nicht einverstanden waren. Natürlich kam innerhalb des Jahreszyklus' nicht allen Märkten die gleiche Bedeutung zu. Am wichtigsten waren die Herbstmärkte, vor allem diejenigen nach der Alpentladung im September. Lief dann das Geschäft gut, gab es viele Tiere und Händler, wurde tüchtig gehandelt und wurden befriedigende Preise erzielt, so galt dies als ein gutes Vorzeichen für die unmittelbare Zukunft. Die Hoffnung auf ein hohes Preisniveau war besonders dann gerechtfertigt, wenn die Händler schon während des Sommers auf den Alpen oder nach der Entladung in den Ställen erschienen waren und sich dort umgesehen hatten.<sup>60</sup> Wenn dann die Heu- und Obsternte in den Hauptabsatzgebieten, im deutschen Raum vor allem in Bayern, in Italien sowie in den Kantonen St. Gallen und Appenzell gut ausfiel und die ersten Märkte im Unterland befriedigten, wenn auch die Währungssituation zu keinerlei Besorgnis Anlass gab, konnten die Bauern ruhig dem Kommenden entgegensehen.<sup>61</sup>

Im August und September waren die Viehpreise der Hauptgesprächsstoff in den Dörfern. Die Zeitungen ergingen sich in Einschätzungen, aber das Geschäft blieb tückisch und letztlich auch für den Kenner undurchschaubar. Die Preise schwankten oftmals während des gleichen Jahres sehr stark. Verliefen die ersten Märkte gut, so war das noch keine Garantie, dass im Winter oder im Frühling die Preise nicht wieder erheblich fielen. Allerdings konnte auch der umgekehrte Fall eintreten, so etwa im Jahr 1902.<sup>62</sup> Im Herbst des Vorjahres begann das Geschäft schlecht; im Frühjahr stieg aber die Nachfrage dermassen an, dass die Händler von Dorf zu Dorf zogen, um Vieh zu suchen.<sup>63</sup> Für den einzelnen Bauern gestaltete sich alles zu einem Hasardspiel. Der Viehverkauf war für ihn die Haupteinnahmequelle.<sup>64</sup> Oft war er gezwungen, auch bei schlechten Preisen zu verkaufen, um seinen Geldbedarf zu decken. Die reicheren Landwirte waren in dieser Hinsicht

privilegiert. Sie konnten es sich eher leisten zuzuwarten. Warten oder verkaufen? Dies war also stets die grosse Frage. An verschiedenen Orten wird auch darauf hingewiesen, dass die Bauern an der Preisdrückerei durch die Händler selbst schuld gewesen seien. Sie hätten die Tendenz, sich ständig zu konkurrenzieren. Wenn der eine nicht bereit gewesen sei zu verkaufen, dann habe sich stets einer gefunden, der, weil er eben dringend Geld brauchte, bereit gewesen sei, auch zu einem tieferen Preis «loszuschlagen». Ein koordiniertes solidarischeres Verhalten der Bauernschaft hätte der Preisdrückerei sicher einen Riegel schieben können. Unter den gegebenen Umständen sassen die Händler jedoch am längeren Hebel, und von ihren Erfolgen angestachelt, benützten sie jede Gelegenheit, um die Preise zu drücken. Zum Beispiel behaupteten sie, es drohe Seuchengefahr.<sup>65</sup>

Der grösste Unsicherheitsfaktor für einen Markt war das Wetter. Im Winter konnten Eis und Schnee das Geschäft merklich schmälern oder ganz verderben. Die Märkte waren schlecht besucht; es wurde kaum gehandelt, und die Preise stiegen nicht.<sup>66</sup>

Die in der «Gasetta Romontscha» erscheinenden Viehzahlen pro Markt waren reine Frequenzzahlen; die Menge der gehandelten Tiere war in jedem Fall geringer. Zuweilen betrug sie nur ein Drittel oder die Hälfte der angegebenen Zahl.<sup>67</sup> Die Kauf- und Verkaufsfreudigkeit war offensichtlich starken Schwankungen unterworfen. Der Zug des armen Bäuerleins von Markt zu Markt, wie er in «La Fiera de Ligiaun» von Guglielm Gadola beschrieben wird, ist also keine Legende, sondern entsprach oft der Realität.

Welcher Stellenwert kam den Märkten im Viehgeschäft überhaupt zu? Wie gross war der Prozentsatz der Tiere, die im Stall verkauft wurden? Es ist nicht leicht, diese Fragen zu beantworten, da die Quellen fehlen und auch blosser Hinweise spärlich sind. Sicher ist, dass es bei grosser Nachfrage vor allem am Vorabend von Märkten vermehrt zu Stallkäufen kam. Es kann zudem angenommen werden, dass die schönsten oder gar prämierten Tiere ihre Käufer ausserhalb der Märkte fanden<sup>68</sup> oder dann gleich bei den ersten Terminen im Herbst den Besitzer wechselten. So nahm natürlich die Qualität des Angebots im Verlauf des Winters ab. Wenn man berücksichtigt, dass die Nachfrage bis zum Ersten Weltkrieg stetig anstieg und die Maul- und Klauenseuche ein geregeltes Marktgeschehen erheblich störte, kann

vermutet werden, dass die Zahl der Stallkäufe stark angestiegen sein dürfte.

Dem Städtchen Ilanz brachte die Abhaltung der Märkte lebensnotwendige Verdienstmöglichkeiten für Handel und Gewerbe und besonders auch für die Wirtshäuser. «Der ganze Warenbedarf des bäuerlichen Haushalts, soweit man ihn nicht selber oder durch den Hausierer deckte, wurde auf dem Markt eingekauft...».<sup>69</sup> So erwuchsen bei Absage oder Verschiebung von Terminen infolge Seuchengefahr der Bevölkerung reale Verluste.

Der Gemeindekasse brachten die Märkte durch verschiedene Gebühren regelmässige Einnahmen.<sup>70</sup> Doch gab die gesamte Organisation stets viel zu tun. Dem Veterinär oblag zusammen mit der Marktpolizei die Oberaufsicht über den Markt. Bei Seuchengefahr musste für alle Tiere ein Gesundheitsschein vorgewiesen werden, sonst wurden die Besitzer gebüsst.<sup>71</sup> Diese strengen Vorschriften waren im Interesse aller notwendig. Die Seuchengefahr und die Möglichkeit der Ansteckung blieben dauernd existent.

Auch der Propagierung der Märkte in der Presse kam grosse Bedeutung zu. Sie wurden in den grossen Zeitungen der Ostschweiz, im «Freien Rhätier», im «Bündner Tagblatt» und in der «Gasetta Romontscha» angekündigt. Die Inserateplatzierung oblag dem Stadtrat, der zudem einen speziellen Marktanzeiger herausgab.<sup>72</sup>

Der bisherige Marktplatz war seit langem zu klein, und man sah sich gezwungen, nach einem neuen Standort Ausschau zu halten, der die steigende Anzahl der Tiere zu fassen vermochte.<sup>73</sup> 1901 hatte man den Kauf eines Objektes, den Garten eines Bürgers, in Erwägung gezogen. Dafür sollten 35 000 Franken bezahlt werden. Dies schien den Gemeindevätern und der Bevölkerung offenbar zuviel, sodass dieses Projekt begraben wurde.<sup>74</sup> Schliesslich wurde der Markt vom bisherigen Platz hinter dem Bahnhof ins Giessli verlegt.<sup>75</sup>

### 3.2 Maul- und Klauenseuche

Viehseuchen haben schon immer – auch im Kanton Graubünden – grosse Schäden angerichtet. Seit 1863 verging kein Jahr, in dem nicht da oder dort eine Seuche ausbrach. Von 1886 bis 1913 erkrankten 104 000 Stück Grossvieh und 94 000 Stück Kleinvieh. Für das Jahr 1913 lauten die Zahlen auf 19 000 Stück Grossvieh und 10 000 Stück Klein-

vieh. Anfangs 1914 waren 1007 Stück Grossvieh, 107 Schweine, 192 Ziegen und 270 Schafe in 144 Ställen von 33 Gemeinden krank gemeldet.<sup>76</sup> Georg Ending, ein deutscher Gutsbesitzer, nannte die Maul- und Klauenseuche «...eine Geissel, unter welcher nicht nur die deutsche Landwirtschaft, sondern die Landwirtschaft des ganzen Europa schmachtet...». <sup>77</sup>

In der Tat wütete die Seuche im Ausland noch viel schlimmer als in der Schweiz. Für das Jahr 1909 sind die folgenden Zahlen bekannt:

Österreich	667 Gemeinden mit	4 846 Höfen,
Tirol	13 Gemeinden mit	21 Höfen,
Ungarn	1494 Gemeinden mit	13 711 Höfen.

In Italien wurden 44 943 Fälle registriert, davon 16 408 neue.<sup>78</sup>

Es stellen sich die folgenden Fragen: Wie sieht das Krankheitsbild aus, wie verläuft die Krankheit, und wie konnte man sie zu jener Zeit bekämpfen?

Wie der Name sagt, werden zunächst Maul und Klauen der Tiere von der Krankheit befallen. Es ergeben sich dann aber oft Folgekrankheiten: «Der bösartige Verlauf des Klauenleidens, indem letzteres sich steigert bis zum Ausschuhem und zur Zerstörung von Bändern und Knochen. Dann Entzündung des Euters mit nachfolgender Verödung. Das häufige Verkälben der Thiere braucht man noch nicht einmal unter die Folgen einer besonders schwer auftretenden Epidemie zu rechnen, denn dasselbe kommt auch schon bei milderem Verlauf der Krankheit vor.»<sup>79</sup>

Eine wirksame medizinische Waffe gegen die Seuche hatte man noch nicht gefunden. Die Suche nach einem idealen Impfstoff wurde fortgesetzt. Viel versprach man sich von der Behandlung der Tiere mit Teer.<sup>80</sup> Das Hauptgewicht lag jedoch auf polizeilichen Massnahmen: Stallsperrern, Seuchenwachen, Verbot des allgemeinen Weidgangs oder wenigstens Überwachung der Tiere durch einen Hirten, Verschiebungen sowie allenfalls vollkommenen Verboten der Märkte, welche in Gefahrenzeiten einer Weiterverbreitung der Seuche äusserst förderlich sein konnten. Im weiteren verbot man den Viehverkehr zwischen verschiedenen Gemeinden und erliess Viehhandelsverbote oder in schwerwiegenden Fällen sogar Sperren. Auch Hundebann und Hausierverbot wurden verschiedentlich angeordnet.

Die Wirksamkeit all dieser Vorkehrungen war äusserst fragwürdig. Sie alle haben der Weiterverbreitung der Seuche kein Ende gesetzt. Der oben zitierte Ending meint, dass polizeiliche Vorkehrungen diesbezüglich nicht zu entbehren seien, jedoch häufig die wirtschaftlichen und sozialen Folgen noch fühlbarer machten. Eine sorgfältige Pflege der Tiere und saubere Ställe seien die besten Vorbeugemassnahmen. Auch schwäche trockenes Wetter das Gift der Seuche ab.<sup>81</sup>

So versuchte man, die Tiere irgendwie durchzubringen. Bei akuter Ausbreitungsgefahr und fortgeschrittenem Stadium musste jedoch notgeschlachtet werden.

Die Maul- und Klauenseuche wurde jeweils vom Ausland her in den Kanton Graubünden eingeschleppt. Die Bergamasker Hirten, die Alpen im Engadin gepachtet hatten, brachten die Krankheit mit ihren Schafen aus Italien mit. Auch das benachbarte Österreich bildete eine permanente Ansteckungsquelle.<sup>82</sup>

Die Gefahr eines Krankheitsausbruches bestand immer. Innerhalb des bearbeiteten Zeitraumes gab es aber einige Schwerpunktjahre.

Es waren Jahre, während deren die Seuche in der Surselva weit verbreitet war, das Leben der gesamten Bevölkerung veränderte und grosse Not hervorrief. Selbst wenn die Tiere die Krankheit überwinden, verminderte sich ihr Wert beträchtlich, und sie erbrachten lange Zeit oder sogar nie mehr die frühere Milchleistung.

1881 kehrte das Ilanzer Vieh von der Sömmerung aus dem Engadin krank nach Hause zurück. Daraufhin ordnete der Stadtrat Wachen an die Versamer Brücke ab.<sup>83</sup> 1883 brach die Seuche zunächst in Ruein<sup>84</sup> und bald darauf in der Alp von Schnaus aus.<sup>85</sup> Der Stadtrat beschloss die üblichen polizeilichen Vorkehrungen und erliess für den bevorstehenden Juli-Markt ein Verbot jeglichen Viehauftriebs.<sup>86</sup> Die Einwohner von Ruein liessen ihr erkranktes Vieh weiden. Der Stadtrat von Ilanz beschloss, deswegen in Chur zu intervenieren.<sup>87</sup> Im gleichen Herbst brach die Maul- und Klauenseuche auch in Valendas aus, und es stellte sich die Frage, ob man den September-Markt überhaupt durchführen dürfe. Der Stadtrat entschied sich mit 4:2 Stimmen für die Durchführung. Dabei mögen die Interessen des Ilanzer Gewerbes ausschlaggebend gewesen sein.<sup>88</sup> Die Bezirksviehausstellung wurde jedoch abgesagt.<sup>89</sup>

Im Herbst 1891 stand man abermals vor dem gleichen Problem. Die voranschreitende Seuche herrschte zunächst in sechs, später in acht

Gemeinden. Wiederum wurde der Markt nicht abgesagt.<sup>90</sup> Aus Ruschein wurde dann die Blasenseuche gemeldet, eine andere Viehkrankheit.<sup>91</sup> Sie konnte offensichtlich nicht sofort unter Kontrolle gebracht werden, denn noch zu Beginn des Jahres 1892 war es notwendig, gegen Schluein und Ruschein Sperrwachen aufzustellen.<sup>92</sup> 1893 verbot der Sanitätsrat kurzfristig den Markt vom 3. Februar, worauf der Stadtrat um Verschiebung nachsuchen wollte.<sup>93</sup>

1898 war das nächste schwere Jahr für das Oberland. Die Alp Cavel im Lugnez musste frühzeitig entladen werden. Das Vieh wurde über Pleuns und Schliffras auf das Glennerwuhr getrieben, der Weg anschliessend durch den Veterinär desinfiziert. Das Protokoll des Stadtrates berichtet hierauf von einem Vorfall, der sämtliche polizeilichen Massnahmen erneut als von fraglichem Nutzen erscheinen lässt: «Ein Rind der Viehherde blieb unterwegs zurück und gelangte nachts bis zum Oberthor. Hier aufgehalten wurde dasselbe den gleichen Weg wie das übrige Vieh nach Kästris befördert und die Desinfektion auf die Rechnung der Gemeinde Kästris vorgenommen.»<sup>94</sup>

Verschiedene Ställe in Ilanz, insgesamt fünf, wurden nun unter Quarantäne gestellt und, nachdem die «Coutumaz-Zeit» verstrichen war, ohne dass die Tiere erkrankt wären, unter Aufsicht des Viehinspektors desinfiziert. Bald darauf war die Gemeinde seuchenfrei.<sup>95</sup> Die kommenden Jahre bis 1901 verliefen ruhiger. Es gab weniger Krankheitsfälle, und sie blieben territorial beschränkt.<sup>96</sup> Dann aber erschien in verschiedenen Gemeinden der Cadi wie auch des Unterlandes der sog. Knötchenausschlag, der die Kühe normalerweise steril macht.<sup>97</sup> Die Abhaltung der Märkte erfuhr jedoch keine Beeinträchtigung. Die folgenden Jahre bis 1909 verliefen in der Surselva ohne bedeutende Seuchenfälle.

Gesamtschweizerisch gesehen nahm die Anzahl der kranken Tiere enorm zu (*Tabelle 7*).<sup>98</sup> Schon 1905 forderte Nationalrat Caflisch an einer Versammlung des Bündnerischen Bauernverbandes in Küblis dazu auf, das Problem an seinen Wurzeln zu packen, nämlich den Italienern, welche im Engadin Alpen gepachtet hätten, die Verträge nicht mehr zu erneuern, und diese Alpen durch Schweizer Vieh zu bestossen.<sup>99</sup> 1909 brachte Dr. Condrau im Bündner Grossen Rat ein Postulat ein, das in die gleiche Kerbe schlug: Verbot der Verpachtung von Engadiner Alpen an Italiener und Entschädigung derselben durch

die Eidgenossenschaft, wie man es im Vorder- und Hinterrheintal getan hatte. Die Engadiner Alpen sollten durch Vieh aus dem Unterland genutzt werden, das die Rhätische Bahn zu speziell niedrigen Preisen transportieren sollte.<sup>100</sup> In Bern forderte Caspar Decurtins den Bund auf, in der gleichen Sache zu intervenieren. Der Forderung wurde später stattgegeben.<sup>101</sup> Inzwischen kündigten die Deutschen an, dass sie wegen der sich schnell ausbreitenden Seuche kein Vieh mehr kaufen würden. Der Kanton Graubünden geriet wiederum in Gefahr, drohte doch die Seuche aus dem benachbarten Glarnerland und dem Kanton St.Gallen auf ihn überzugreifen. Gerade zu dieser Zeit sollte die bündnerische Batterie 90 ausgerechnet im Kanton Glarus Militärdienst leisten! Von diesem Vorhaben nahm man jedoch auf Protest hin Abstand.<sup>102</sup> 1911 wurde eine Petition gegen die Präsenz von italienischem Vieh in den Bündneralpen lanciert. Nach Einsendung der Bögen von 124 Gemeinden waren 5071 Unterschriften beisammen. Opposition kam lediglich aus den Kreisen der Oberengadiner Hotellerie, die von den Italienern billig Milch zu kaufen pflegte.<sup>103</sup>

Im Jahr 1913 drohte die Maul- und Klauenseuche in Ilanz auszubrechen. Im Stadtrat «...wird die Frage in Discussion geworfen, ob es nicht angezeigt wäre, den Septembermarkt auf den 22. dies. zu antizipieren. Man laufe Gefahr, dass der Markt inzwischen von der Regierung untersagt werden könnte, was schwere Schädigungen der Bauernsamen und der Geschäftsleute zur Folge hätte.»<sup>104</sup> Das Vorziehen des Marktes wäre den Bauern darum angenehm, da in diesem Jahr empfindlicher Heumangel herrsche. Die Regierung lehnte das entsprechende Gesuch jedoch ab.<sup>105</sup>

Im Oktober erliessen verschiedene Lugnezer Gemeinden wegen der Seuchengefahr ein Hausierverbot. Somit wurden in zunehmendem Masse die Hausierer nach Ilanz abgedrängt. Für die Gemeinde stellte sich die Frage, ob sie, dem Lugnezer Beispiel folgend, ebenfalls ein Hausierverbot verhängen sollte. Man beschloss, die Entscheide der anderen Kreisgemeinden abzuwarten. Falls diese positiv ausfielen, würde man sich ihnen anschliessen,<sup>106</sup> was im folgenden auch geschah.<sup>107</sup>

Das schlimmste Seuchenjahr in der behandelten Zeitperiode sollte das Jahr 1914 werden. Die Lage wurde durch die gespannte politische Situation und den Ausbruch des Krieges noch verschärft. Da man der Seuche einfach nicht Herr wurde, verhängte der Bund im April im

Kanton Graubünden eine Viehsperre. Dies war eine noch nie dagewesene Massnahme von äusserster Härte. Unverhältnismässig erschien dieses Vorgehen vor allem den Bauern in den seuchenfreien Gebieten, wie eben im Oberland. Auch sonst zweifelte man am Nutzen der Sperre, die ohnehin zu spät verhängt wurde. Sie sollte je nach Situation zwei bis drei Wochen dauern. In dieser Zeit waren: Märkte und Ausstellungen im Kanton verboten, die Viehinspektoren durften kranken Tieren keine Gesundheitsscheine ausstellen. Ausnahme bildete lediglich Schlachtvieh, welches in die örtliche Metzgerei geführt wurde.

Die kantonale Regierung erliess zusätzlich folgende Bestimmungen: Stallwechsel von einer Gemeinde in die andere waren erlaubt. Es musste jedoch vier Tage vorher beim kantonalen Departement des Innern ein diesbezügliches Gesuch eingereicht werden. Zudem wurden die Behörden der beiden beteiligten Gemeinden verpflichtet, den Umzug zu überwachen.

Der Import von Schlachtvieh aus dem Ausland wurde verboten, aus andern Kantonen jedoch erlaubt. Bauern, die Schlachtvieh zu verkaufen hatten, sollten sich an die Metzgervereinigung in Chur wenden. Der allgemeine Weidgang war erlaubt, jedoch nur in gesunden Gemeinden und nur unter Vorsichtsmassnahmen. Der Weidgang ohne Hirten war bis auf weiteres verboten.<sup>108</sup>

Die Sperre blieb wesentlich länger bestehen als vorgesehen, da sich der erwartete Erfolg nicht einstellte. Im Juni brach die Seuche völlig unerwartet in Medel in der Surselva, einer gesunden Zone, wieder aus. Dieser Krankheitsfall war unverständlich, da man nach dem letzten dortigen Fall die Desinfizierung besonders sorgfältig vorgenommen hatte. In Panik flohen die Bauern von Medel mit ihrem noch gesunden Vieh während der Nacht auf die Maiensässe. In Tiefenkastel ergriff die Seuche die Schafe. 150 Tiere und 30 Ziegen mussten notgeschlachtet werden.

Trotz dieser neuen Fälle beschloss die Regierung Mitte Juni im Einvernehmen mit dem Bundesrat, die Sperre zu lockern. Immerhin blieb der Viehverkehr mit den Kantonen Glarus, St.Gallen und Uri bestehen, ebenso wie der Handel mit dem Tessin, den Bezirken Bernina, Maloja und Inn, dem Münstertal, Österreich und Italien. Das Schlachtvieh-Einfuhrverbot blieb weiterhin in Kraft.

Ab dem 25. Juni durften aber wieder Märkte abgehalten werden. Ilanz erhielt als Schadenersatz für einen ausgefallenen Termin einen zusätzlichen Markt am 27. Juni. Thusis sollte im folgenden Frühling einen zusätzlichen Markttermin bekommen. Graubündens grösstes Viehhandelszentrum, Davos, hatte wegen der Seuche gar ein volles Jahr keinen Markt mehr durchführen können.<sup>109</sup>

Ende August ordnete die Eidgenossenschaft an, kranke Tiere binnen drei Wochen nach Ausbruch der Krankheit auszumerzen, und neue Erkrankungsfälle sofort nach Bern zu melden. Die Besitzer sollten zu Militärpreisen entschädigt werden, die eidgenössischen Behörden über das Fleisch verfügen. Ungenießbares Fleisch würde noch zu 70% entschädigt. Die Kosten würden von Bund und Kanton je zur Hälfte getragen. Zudem verbot der Bundesrat die Märkte und Ausstellungen im Kanton abermals. Der einzige Lichtblick für die Bauern war, dass sie den Truppen Schlachtvieh liefern konnten, dies allerdings nur in den «sauberen Zonen». Die Alpentladungen durften vorerst nicht stattfinden, da die Seuche noch nicht unter Kontrolle gebracht werden konnte.<sup>110</sup> Mit dem Exportverbot verfolgte man seit dem Kriegsbeginn auch noch das Ziel, für einen allfälligen Engpass in der Lebensmittel-, speziell in der Fleischversorgung, genügend Vieh bereitzuhalten. Vorübergehend wurde dieses Verbot ein wenig gelockert. Es blieb aber stets territorial und bestandesmässig beschränkt: So durften vorübergehend Zuchtstiere sowie weibliche Rassenzuchtstiere nach Italien ausgeführt werden.<sup>111</sup> Eine weitere Lockerung erfolgte anfangs Oktober. Die Cadi und der ganze Bezirk Glenner (mit Ausnahme der Gemeinden Valendas und Versam) durften wieder Zuchtvieh nach Italien und Österreich exportieren.<sup>112</sup> Am 7. Oktober wurden die Ausfuhr und der gesamte Viehverkehr mit den andern Kantonen, ausser dem Tessin und Uri, wieder verboten. Flims durfte mit einer Spezialerlaubnis dennoch exportieren.

Mittlerweile trafen in Chur Abgesandte aus der Surselva ein, um zusammen mit den Vertretern der Bündner Regierung die Lage zu analysieren und weitere Schritte zu unternehmen. Man glaubte, dass der Bundesrat für die Situation der seuchenfreien Gebiete, wie es die Surselva nun war, bald Verständnis zeigen und den Export wieder zulassen würde. Es wurde beschlossen: in einigen namhaften italienischen Zeitungen Verkaufsanzeigen erscheinen zu lassen, die anwe-

senden Regierungsräte bei der Eidgenossenschaft bezüglich Export-eröffnung intervenieren zu lassen, ein Komitee zu gründen, das zusätzliche Massnahmen ergreifen sollte.<sup>113</sup>

Endlich wirkten alle Massnahmen, und es gelang nach langer Zeit, die Maul- und Klauenseuche einzudämmen. Soweit dies im Krieg möglich war, normalisierte sich das bäuerliche Leben wieder.

### 3.3 Preisentwicklung

Das Viehgeschäft, speziell die Preisentwicklung, blieb letztlich undurchsichtig. Wohl können aufgrund von Indikatoren, wie sie in Kap. II, 3.1. festgehalten wurden, gewisse Trends gesehen werden, aber diese wurden immer durch akute und grosse Preisstürze durchbrochen. Diese Einbrüche waren jedoch oft von sehr kurzer Dauer und auch bloss lokal auf einen Markt beschränkt. Bei Seuchengefahr wurden die Preise gerne gedrückt. Trotzdem konnten auch in solchen Zeiten bei steter Nachfrage gute Preise erzielt werden. Wenn sich jedoch die Situation derart verschlechterte, dass die Händler nicht mehr erschienen oder gar Märkte abgesagt werden mussten, war guter Rat teuer.

Qualitativ hochstehende Ware, vor allem prämierte Tiere, fand auch in schlechten Zeiten zu annehmbaren Preisen Abnehmer. Preise zwischen 400 und 500 Franken pro Rind und Kuh wurden im allgemeinen als tief, 600 Franken als normal und, was darüber lag, als sehr gut betrachtet. Spitzentiere erreichten gar 1000 Franken und mehr.

Die Jahre bis zum grossen Ausbruch der Maul- und Klauenseuche, besonders auch die Zeit nach der Regelung der Zolltariffrage und den danach abgeschlossenen Handelsverträgen, sind trotz gelegentlicher Einbrüche als gute Jahre zu bezeichnen. Gar als Spitzenjahre können 1906 und das – gesamtwirtschaftliche – Rekordjahr 1907 betrachtet werden. 1908 dagegen muss auch in der Viehwirtschaft, wie in der ganzen Wirtschaft, als schlechtes Jahr angesehen werden. Wegen der Maul- und Klauenseuche wurden die Preise konsequent gedrückt; die Deutschen schlossen deshalb sogar kurz die Grenzen. 1909 brachte, trotz der weiter bestehenden Seuchengefahr, wieder erstaunlich gute Preise. 1910 verschlechterte sich die Lage definitiv. Es mussten einige Märkte abgesagt werden, darunter auch derjenige vom 22. März in Ilanz.

Die Entwicklung war einerseits charakterisiert durch eine kontinuierlich hohe Nachfrage mit hohen Preisen, andererseits aber wieder

durch abrupte und tiefe Preisstürze. Mit der Zeit dauerten die Einbrüche länger, und die Intervalle mit hohen Preisen waren kürzer, bis sie schliesslich ganz ausblieben. Ab dem Jahr 1912 lief das Geschäft kaum mehr, bis es 1914 – auch durch die Kriegssituation – praktisch lahmgelegt wurde.

Als die Exportkommission die Arbeit aufnahm, kam der Viehhandel wieder in Schwung und erlebte sogar eine Blüte. Die Nachfrage war gross, und für gute Ware wurden z. T. Spitzenpreise erzielt.<sup>114</sup>

#### 4. ALPWIRTSCHAFT

Kein Thema innerhalb der Bündner Landwirtschaft hat in der interessierten Öffentlichkeit der 2. Hälfte des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts mehr Aufmerksamkeit erfahren als die Alpwirtschaft.<sup>115</sup> Dies hat folgende Gründe:

1. Die Wichtigkeit der Alpen für die Volkswirtschaft Graubündens geht schon aus der Statistik hervor. Der Kanton verfügte über ein Alpareal von 358 784 ha auf 822 Alpen.<sup>116</sup> Davon gehörten 35 514 ha auf 62 Alpen zum Bezirk Vorderrhein und 35 847 ha auf 106 Alpen zum Bezirk Glener.<sup>117</sup>

2. Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts war die Produktion in den Alpen stark zurückgegangen.<sup>118</sup> Dies ist eine allgemeine Entwicklung, welche von Richard Weiss für alle Alpengebiete beobachtet wurde.<sup>119</sup> Doch findet man, trotz der verschiedenen Bemühungen, von denen die 2. Alpstatistik (1892–1912) und verschiedene Inspektionen berichten, in der Alpwirtschaft des Kantons Graubünden noch viel zu verbessern.<sup>120</sup> Die Gründe dafür werden im entsprechenden Kapitel angeführt. Kritik an den Verhältnissen übte schon 1861 das «Bündner Monatsblatt». Es schrieb:

«In der Alpwirtschaft liegt noch Manches im Argen und ist noch sehr viel zu verbessern. Der Einzelne vermag da wenig, vereinte Thätigkeit aber viel. Wir lassen mit der Hand in der Schooss unsere Alpen von Jahr zu Jahr verwildern und tragen unser Möglichstes blindlings dazu bei; der Ertrag der Alpen wird beinahe zusehends geringer.»<sup>121</sup>

3. 1863 wurde in Olten der alpwirtschaftliche Verein gegründet.<sup>122</sup> Er wirkte seitdem aktiv in der Förderung der Alpwirtschaft. Bekannte

Mitglieder wie Anderegg und Schatzmann wirkten in Graubünden, ersterer als Redaktor des Volkswirtschaftlichen Blattes, letzterer als zeitweiliger Kolumnist, Vortragsreisender und Alpinspektor. Sie bewirkten, dass die Frage der Alpen breit diskutiert und manches in die Wege geleitet wurde. Viele ihrer Vorschläge wurden von der Regierung dankend aufgenommen, vom Volk jedoch nicht immer geschätzt. Zwei Leitsätze zeigen die Stossrichtung des Vereins: «Wir müssen unsere Berghöfe zu Thalhöfen machen.» und «Vom Rathaus aus müssen unsere Alpen verbessert werden.»<sup>123</sup>

#### 4.1. Geologische Voraussetzungen

Die Geologie begünstigt in der Surselva – wie im ganzen Kanton Graubünden – eine gute Alpwirtschaft. Bündner Schiefer, Gneis, Glimmer und Granit bilden gute Böden. Da und dort entstehen jedoch Probleme mit extremer Nässe bzw. Trockenheit. Leider wurden sie von den Alpbesitzern oft nicht oder nur zögernd angegangen. Klimatische Unterschiede bestehen natürlich auch. Während einige Alpen von ihrer Lage her begünstigt sind, verzeichneten die Alpinspektionen auch kritische Anmerkungen.<sup>124</sup> So gibt es Alpen, die den rauen Winden aus Norden und Nordwesten ausgesetzt, steil und schattig sind. Die eigentlichen Hochalpen sind vermehrt den Tücken der Witterung ausgeliefert. Die Alpzeit ist dort kürzer als im Durchschnitt. Vielfach war für die Mängel, die den Inspektoren auf den Alpen auffielen, nicht die Natur, sondern der Mensch durch falsche und mangelnde Bewirtschaftung verantwortlich.

#### 4.2. Besitzstruktur

Im Bezirk Glenner gehörten nach der 2. Alpstatistik ungefähr die Hälfte der knapp über 100 Alpen den verschiedenen Gemeinden. Etwa ein Drittel oblag der Obhut von Genossenschaften. Der Rest befand sich im Besitz von Privaten, vier besaßen Tessiner, eine der Kreis Lugnez<sup>125</sup>. Im Bezirk Vorderrhein belief sich der Anteil der Gemeindealpen gar auf zwei Drittel, etwa ein Fünftel waren im Besitz von Genossenschaften. Fünf Alpen gehörten der Geistlichkeit.<sup>126</sup>

Das Vorherrschen der Gemeindealpen hat damit zu tun, dass sie sich in einem Gebiet mit einer alteingesessenen romanischen Bevölkerung befinden. Bei den Rätoromanen waren Nutzungsrechte seit jeher

territorial bestimmt. Damit waren die Voraussetzungen zur Entwicklung von Alpgenossenschaften gegeben.<sup>127</sup>

In der Fachliteratur und in Zeitungen besteht verbreitet die Tendenz, Mängel in der Alpwirtschaft ausschliesslich dem System anzulasten.<sup>128</sup>

Sicherlich erwuchs der grösste Schaden aus rückständigen Bestimmungen in den Alpreglementen; z.B. durch Servitute, die gerade auf den Alpen der Surselva sehr häufig waren.<sup>129</sup> Doch gab es auch Gemeinden, die, trotz solcher Strukturen, ihre Alpen sorgfältig behandelten. Eine gute gesetzliche Grundlage, wie sie etwa die Kantone Glarus, Bern und St.Gallen besaßen,<sup>130</sup> hätte etwaigen Systemmängeln vorbeugen können. Vermutlich hat die grosse Zahl der zu bewirtschaftenden Alpen die Leute überfordert.<sup>131</sup>

Durch Paragraph 12 des Bündner Niederlassungsgesetzes wurde 1874 die Alpenbenutzung auch den Beisässen gestattet, vermutlich gegen eine etwas höhere Weidetaxe.<sup>132</sup> Damit war der Abschliessungstendenz gegen aussen ein Riegel geschoben; dennoch haben sich vereinzelt einschränkende Bestimmungen erhalten, die als gesetzeswidrig angesehen werden müssen.<sup>133</sup>

### 4.3. Alppersonal

Die Arbeit auf den meisten Bündner Alpen wurde von fünf Personen besorgt.<sup>134</sup> Zuoberst in der Hierarchie stand der Senn. Er erhielt den besten Lohn; sein Sozialprestige war das höchste, entschieden höher als das seines Stellvertreters, des Oberhirten. Einzig in der Welt der Literatur, in Sagen und Liedern, erfuhr der Hirt eine grössere Wertschätzung. Von der Arbeit her waren Senn und Oberhirt gleichgestellt: Der Senn war zuständig für die Arbeit drinnen, der Oberhirt für diejenige draussen. Dennoch verfügte der Senn über den Oberbefehl auf der Alp. Als Hirt arbeitete meist ein älterer, erfahrener Mann, ein Besitzloser, der sich die restliche Zeit des Jahres als Tagelöhner oder Knecht verdingte. Da man den Hirten sozial missachtete, nahmen die meisten dieses Amt nur an, wenn sie aus wirtschaftlichen Gründen dazu gezwungen waren. Alle jungen Burschen wollten Sennen werden. Sie erlernten die Milchverarbeitung während eines oder zweier Sommer als Zusenn (Hilfskraft des Sennen) und mussten auch die Kontakte mit der Dorfgemeinschaft pflegen. «Der Buob», ein älterer Schuljunge, half dem Hirten und wurde überall dort eingesetzt, wo

man gerade jemanden brauchte. Sein Lohn bestand üblicherweise aus Naturalien, meist auch einem Zieger.

Früher wurde das ganze Alppersonal mit Naturalien bezahlt. Allmählich ging man zur Entlohnung durch Geld über. Wohl gab es je nach Alp Lohnunterschiede, doch muss die Entlohnung, mit Ausnahme der Sennen, als bescheiden betrachtet werden.<sup>135</sup> Gelegentlich besserten die Äpller ihr Gehalt mit einem Nebenerwerb auf: Sie sammelten Heilkräuter oder Enzianwurzeln, aus denen Schnaps gebrannt wurde.

Die Surselva verfügte für die Bewirtschaftung der Alpen über genug eigene Leute, da es allgemein an anderen Arbeitsmöglichkeiten mangelte und auch die Auswanderung nie dieselben Ausmasse wie im Engadin erreichte. Oft arbeiteten Oberländer sogar auf anderen Alpen des Kantons, vorab als Sennen. Bekannt waren vor allem die Lugnezener, deren Arbeit sehr geschätzt wurde. Die Oberländer galten allgemein als gute Sennen, meint Weiss. Aufgrund der Alpstatistik und der Inspektionsberichte, die über den Stand der Sennerei nicht viel Gutes auszusagen wissen, ist dies eine eher erstaunliche Tatsache. Vielleicht handelte es sich auch um Absolventen des Sennenkurses am Plantahof, die als Propheten im eigenen Land zu wenig geschätzt wurden und deshalb in die Fremde zogen. Die Feststellung von Richard Weiss, dass die auswärts arbeitenden Äpller aus Gebieten mit hochentwickelter Alpwirtschaft stammten, kann für die Surselva insgesamt nicht als richtig betrachtet werden.<sup>136</sup>

#### 4.4. Bestandesaufnahme

Die z. T. recht unerfreulichen Zustände auf den Alpen hatten verschiedene Ursachen. Grob lassen sie sich auf drei Ebenen sehen:

- historische Versäumnisse
- strukturelle Probleme
- technische Information und «Know how»

Die über Jahrhunderte andauernde Raubwirtschaft, vor allem im Wald, hat massgeblich zur sinkenden Produktivität der Alpen geführt. Der Alpwald hat eine sehr wichtige Schutzfunktion für Mensch, Tier und Vegetation. Wo er rücksichtslos geschlagen wird, entstehen viele Nachteile, wie Überschwemmungen, Rufen, Lawinen, ungünstige Veränderungen des Mikroklimas etc. Der Forstwirt B. Eblin meinte:

«Es scheint mir ausser Zweifel, dass in der Hauptsache durch die forstliche Raubwirtschaft bedingte Rückgang des alpinen Landbaues (Matten- und Weidewirtschaft, Acker- und Gemüsebau) vor allem es ist, der die Verarmung der meisten unserer Hochtäler herbeigeführt hat.»<sup>137</sup>

Die fehlende Pflege der Weiden oberhalb der Waldgrenze ermöglicht ein Überhandnehmen der Kräfte der Natur, welche die menschliche Arbeit zugrunderichten und das Produktionsareal einschränken. So nützt eine Wiederaufforstung allein nicht viel, wenn sie nicht einhergeht mit der Pflege des gesamten, speziell des hochgelegenen Gebietes. Pflegen heisst hier nutzen und stetig für den Unterhalt sorgen, vor allem da die Berasung in den Hochalpen das einzige natürliche Mittel der Bodenbefestigung ist.

Früher wurden die Alpen oft überladen. Dieser Mangel wurde offenbar ausgemerzt, sei es als Folge der öffentlichen Aufklärung, die darauf hinwies, dass schwereres Vieh auch mehr fressen würde, sei es, dass der Viehbestand sowieso zurückging.<sup>138</sup> Auf jeden Fall lässt sich aus dem Studium der 2. Alpstatistik an vielen Orten eher ein Unterbesatz feststellen, zumal die meisten Gemeinden über einen reichlichen Alpbesitz verfügten.

Strüby beleuchtete die Folgen des Unterbesatzes, die denen eines Überbesatzes nicht nachstehen:

«Die Tiere werden wählerisch, fressen nur das beste Gras vorweg und lassen das ihnen weniger mundende unberührt. Das schlechte Gras vermehrt sich in der Folge mehr und mehr, weil es im Gegensatz zu den guten Kräutern in vollem Masse zur Versamung kommt und die Grasnarbe einer solchen Alp zusehends verschlechtert.»<sup>139</sup>

Auf die strukturellen Probleme wurde schon in Kap. II 4.2. hingewiesen. Nach der 2. Alpstatistik und den Inspektionen kann jedoch festgestellt werden, dass auch Privatalpen schlecht beurteilt werden. Strüby betonte wohl zu Recht die Konflikträchtigkeit unklarer Statuten in den Genossenschaftsalpen. Dass jedoch im Bezirk Glenner gar Kannibalen vorkämen, meinte er, hätte er nicht gewusst. Da heisse es von einer Genossenschaft im Material zur Alpstatistik: «Da hüten die Genossenschafter jeder separat ihr Vieh, streiten miteinander und fressen einander halb auf.»<sup>140</sup> Kantonsingenieur Luchsinger erwähnte vier Punkte, denen für die rationelle Bewirtschaftung einer Alp speziell Beachtung geschenkt werden müsse:

- Zufahrtswege
- Stallungen
- Wasserversorgung
- Düngerbehälter und Wege zwecks Düngung

Der Ertrag könne zudem wesentlich erhöht werden durch:

- gute Düngung
- Reutungen und Räumungen
- Ent- bzw. Bewässerung.<sup>141</sup>

In der Surselva bestanden Mängel in allen aufgeführten Punkten. Von den Alpwegen zum Beispiel heisst es in einem Inspektionsbericht: «Die Wege zu den Alpen und die Wege auf den Alpen selbst sind meist sehr mangelhaft und schlecht und wirklich oft eine Qual für Mensch und Vieh.»<sup>142</sup>

Bezüglich der Ställe und Sennhütten stand die Surselva an letzter Stelle im ganzen Kanton. An manchen Orten wurden die Tiere mangels Ställen und Schermen einfach in den Wald getrieben, oder diese Einrichtungen waren nur provisorisch und höchst mangelhaft.<sup>143</sup>

Wasserprobleme sind auf vielen Alpen bekannt. Die Bodenbeschaffenheit bedingt sowohl zu trockene als auch zu nasse Alpen. Die Probleme wurden kaum und wenn, dann nicht immer gut angegangen. Das lag wohl daran, dass damit stets finanzielle Investitionen einhergingen, die in Versammlungen nur schwer eine Mehrheit fanden. Wenn sich auch ein unmittelbarer Nutzen immer nur auf eine beschränkte Fläche auswirkte, so konnte doch eine Aufwertung der gesamten Alp erzielt werden; beispielsweise wenn sich der trockengelegte Sumpf an einer wichtigen Stelle, wie in der Nähe der Hütten, befand.<sup>144</sup>

Saubere Brunnen und Tränkerinnen sind von grösster Wichtigkeit. Abgestandenes Wasser aus schmutzigen Pfützen kann beim Vieh viele Krankheitsfälle, vorab den Rauschbrand, hervorrufen.

Über die Düngung in den Alpen entnehmen wir dem «Volkswirtschaftlichen Blatt»:

«In vielen Alpen liegt die ganze Mistmasse, oft von Jahren, ganz unmittelbar im Staffel oder vor demselben, so dass man solche Strecken kaum durchwandern könnte, ohne nicht Gefahr zu laufen, bis über die Knie einzusinken.

In andern Alpen wird der Mist vom Staffel ausgewaschen und durch mehr oder weniger rechte Runsen abgeleitet, und oft sogar vom Staf-

fel in die Bergbäche geführt, deren Farbe oft bis in die Ebenen hinunter die Sünden erzählen, die droben begangen werden. Die Düngstätten sind eine Seltenheit oder mit Ausnahme einiger neuer Bauten sehr primitiv. Ausgeführt und richtig verwendet wird von den 20 besuchten Alpen der Dünger nur in 2 Alpen.»<sup>145</sup>

Es ist klar, dass der Dünger auf die mageren, wenig ertragreichen Weiden ausgetragen werden sollte. Das sog. «Auswassern» hat verschiedene Nachteile:

«Vor allem muss beachtet werden, dass nur diejenigen Gebiete der Alp bewässert und gedüngt werden können, die tiefer liegen als die Stafel; ferner erhalten diejenigen Flächen, die unmittelbar am Bewässerungsgraben liegen, den Dünger in so reichem Masse, dass dadurch verschiedene Unkräuter, so insbesondere dem Eisenhut und Hahnenfuss, gerufen wird.»<sup>146</sup>

Räumungen, vor allem das Entfernen von Steinen, sind Unterhaltungsarbeiten, welche kontinuierlich jedes Jahr vorgenommen werden sollten. Auch die Entfernung von Unkraut und grösseren Sträuchern birgt Arbeit für das Gemeinwerk. Dabei sollte Unkraut mit den Wurzeln entfernt werden, da es sonst sogleich nachwächst.<sup>147</sup> Dennoch wurden diese Arbeiten am meisten vernachlässigt und so auf unnötige Weise die Bewirtschaftungsgrundlage verschlechtert.

#### 4.5. Alternativen

Bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts war die Milchwirtschaft der bedeutendste Teil der Landwirtschaft. Dabei war die sommerliche Alpwirtschaft wichtiger als die Produktion im Tal. Die Viehzucht spielte eine untergeordnete Rolle und gewann erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts an Bedeutung. Dies hing vor allem mit der zunehmenden ausländischen Nachfrage und – später – mit dem Anbau von Kunstfutter zusammen.<sup>148</sup>

Die politischen Gemeinden als Besitzer der meisten Alpen entwickelten bei der Errichtung von Einrichtungen zur Milchverarbeitung sehr wenig Initiative. Ihr bescheidenes Budget veranlasste sie, für ihre Alpen nur das allernotwendigste auszugeben. So wurde das Errichten von zur Sennerei notwendigen Gebäulichkeiten mit dem entsprechenden Instrumentarium den Alpgenossenschaften überlassen. Die

Einrichtungen für die Milchwirtschaft werden denn auch überall als zu simpel und altväterisch kritisiert:

«Wenn im Tale unten die Verwertung der Milch meistens noch eine leidliche ist, so ist sie, wie wir oben gesehen haben, auf den Alpen vielfach eine miserable.»<sup>149</sup>

Alle auf der Alp gewonnenen Milcherzeugnisse wurden gelagert, erst am Ende der Alpzeit verteilt und allenfalls verkauft. Diese Regelung, die zahlreiche Alpstatuten vorsahen war, brachte grosse Nachteile mit sich. Durch Lagerung in schlechten Räumlichkeiten, bei bedeutenden Temperaturschwankungen, verlor die Ware, besonders die Butter, an Qualität. Aus einem Inspektionsbericht geht folgendes hervor:

«Wenn uns der Besuch im Käsekeller erfreut, so sind wir ganz enttäuscht, wenn wir den Buttevvorrat erblicken. Wohl ist derselbe grösser geworden, aber das frische und appetitliche Aussehen ist verschwunden. Das ist nicht mehr zum «Anbeissen». Es muss übrigens schon ein ortskundiger und mit den Geheimnissen der Alphütte vertrauter Besucher sein, wenn er den mit langen grau- und gelbgrünen Haaren bekleideten Haufen als Butter erkennen will. Ein Fremder glaubt's nicht, viel eher hält er es für möglich, dass hier irgendein Berggeist sein Wesen treibt. So sah es vor alter Zeit in unsern Alphütten aus, so sieht es noch heute vielfach bei uns aus.»<sup>150</sup>

Solche unsinnigen Aufspeicherungen waren in den meisten Alpen des Kantons die Regel. Strüby bezeichnet diese Sitte gar als «eine Art Landesübel».<sup>151</sup>

In Graubünden war es nicht üblich, Butter, Käse und Zieger zu verkaufen. Man befürchtete offenbar, dass im Herbst zuwenig für den Eigengebrauch vorhanden sein könnte. Allerdings wäre – besonders in der Nähe von Touristenorten – während des Sommers die Nachfrage nach frischer Milch und Alpbutter durchaus dagewesen. Für 1 kg frische Alpbutter löste man in den Sommermonaten fast überall 3.40 bis 3.60 Franken, im Herbst bloss noch 2.40 Franken, was dann noch zu teuer wäre, wie Lehrer Barblan vom Plantahof im Jahr 1909 meinte.<sup>152</sup>

Nach der Einführung der Bahn hätten ausserdem weitere Absatzgebiete erschlossen werden können.

Die Sennerei, so waren sich die Fachleute einig, sollte mittels Genossenschaften organisiert sein. So könnten nicht nur die Produktion,

sondern auch der Verkauf optimal organisiert werden. Die auf den Alpen zahlreich anfallenden Molkeabfälle sollten mit Hilfe der Schweinehaltung verwertet werden.<sup>153</sup> Seit 1889 wurden Alpverbesserungen auch durch den Bund unterstützt. In Graubünden hatte man aber schon viel früher Mittel und Wege gesucht, die die Bauern motivieren sollten, ihre Alpen besser zu pflegen und zu nutzen: Im Dezember 1861 bot die «Culturgesellschaft des Bezirkes Unterlandquart» einer Gemeinde in diesem Bezirk eine Prämie von 150 Franken an für eine preiswürdige Verbesserung auf ihrer(en) Alp(en). Es war das erste Mal, dass ein Verein aus eigenen Mitteln für die Alpverbesserung spendete. Die nächsten Alpprämierungen fanden in den Jahren 1878, 1879 und 1881 statt. Von 1884 bis 1888 wurden sie jedes Jahr durchgeführt. Danach ging man zum Subventionierungssystem über.<sup>154</sup>

Das erwähnte Prämierungssystem wies erhebliche Mängel auf; so erfolgten die Prämierungen reihum nach Kreisen.<sup>155</sup> Man konnte sich also nicht jedes Jahr melden. In den Berichten der Alpstatistik heisst es, dass die ausgeführten Arbeiten oft Mängel aufgewiesen hätten, doch wurde offenbar ein Auge zugedrückt und die Prämie als Aufmunterung ausbezahlt. Dieses System förderte die schon weit verbreitete Tendenz zum bloss sporadischen Einsatz noch zusätzlich. Man nahm wieder einmal etwas an die Hand, um sich dann mit gutem Gewissen in den folgenden Jahren zurückzuhalten.

Wie schon erwähnt, wurde das Prämierungssystem im Jahr 1888 zugunsten des Subventionierungssystems abgeschafft. Die nun ausgeschütteten Beiträge waren bis Ende 1905 nach Art der Verbesserungen abgestuft: Stallbauten wurden mit 25 %, Wasserleitungen, Wege, Be- und Entwässerungen mit je 20 % und die übrigen Verbesserungen mit 15 % subventioniert. Danach wurden sozusagen alle Projekte mit 25 % bzw. 50 % bedacht (Bund und Kanton zu gleichen Teilen)<sup>156</sup>.

Die ausbezahlten Unterstützungen blieben allerdings bescheiden. Wie z. B. Abrechnungen aus dem Jahr 1907 zeigen,<sup>157</sup> kosteten schon damals einfache Reutungen, Räumungen und andere Wartungsarbeiten gut und gerne 2000 bis 3000 Franken.

Wiederholt wurde auf gewisse Mängel bei der Ausführung der Arbeiten hingewiesen. Entweder entsprachen die ausgeführten Projekte

nicht den örtlichen Notwendigkeiten oder sie wurden nicht oder zu wenig beaufsichtigt und nicht fachmännisch genug realisiert.

Mit dem gegebenen System konnten vorwiegend reichere Gemeinden grössere Alprojekte realisieren. Ärmere Gemeinwesen, Genossenschaften und Private sowie alpenreiche Orte konnten ihren Kostenanteil oft nur mit Mühe aufbringen. Eine Erhöhung der Weidesteuern war politisch schlecht durchsetzbar, auch wenn sie zusätzliche Gelder für Investitionen erbracht hätte.

Dennoch haben die Subventionen manchen Alpbesitzer dazu ange-regt, Projekte zur Verbesserung der Wirtschaft in Angriff zu nehmen. Strüby schreibt mit Recht:

«Es ist ein Klang von Edelmetall, erzeugt durch staatsmännische Einsicht, der durch unsere Berge und Täler hallt und bei unsern Land- und Alpwirten erfreuliche Regsamkeit schafft.»<sup>158, 159</sup>

Einen dauerhaften Fortschritt vermochte diese Subventionspolitik aber nicht zu initiieren. Die in Kraft stehenden Alpreglemente waren rückständig, und ein modernes Alpgesetz, wie es andere Kantone kannten, existierte in Graubünden nicht. Das «Volkswirtschaftliche Blatt» veröffentlichte 1882 ein Musteralpreglement, nachdem es diesbezüglich von verschiedenen Gemeinden und Gemeindevorstehern angefragt worden war. Das Reglement sollte folgende Hauptpunkte enthalten: Bestimmungen über die Nutzungsverhältnisse, die Nutzungsberechtigung und die Nutzungsart, Besatz der Alp, Verwaltung und Aufgabenverteilung, Wirtschaftsplan für die Dauer von 5 bis 10 Jahren.<sup>160</sup>

Schon 1880 hatte der Grosse Rat den Beschluss gefasst, ein Alpgesetz zu entwerfen. Dabei hatte er die Rechnung aber ohne das Volk gemacht, da das Gesetz in der Abstimmung verworfen wurde. Ein Leser des «Volkswirtschaftlichen Blattes» äusserte sich folgendermassen:

«Wenn die vielbesprochenen Alpverbesserungsvorschläge als: Düngen, Wässern, Reuten, Räumen, Weganlagen etc. etc. zur Ausführung gelangen sollen, so muss vom Staate nicht nur auf dem Wege der Anregung durch Prämien in Sachen eingegriffen werden, sondern es hat derselbe auf dem Gesetzeswege, in allgemein grundsätzlicher Richtung ohne in verwaltendem Sinne hineinzuregieren und die etwas delicate Autonomie zu verletzen hier zu intervenie-

ren. Ohne dieses bleiben die frommen Wünsche vernünftiger Minoritäten in Gemeinden und Alpgenossenschaften noch lange leere Phrasen.»<sup>161</sup>

#### 4.6. Die Alpen von Sagogn

Das Alpareal der Gemeinde Sagogn umfasst die Alpen Plaun mit Nagiens, Sogn Martin, die Alp Sura und – auf dem Gebiet der Gemeinde Vals – die Alp Padanatsch.

Die Geschichte der Sagogner Alpen (ausser Padanatsch) hat Martin Bundi in seinem Buch «Historia dalla Vischnaunca da Sagogn» eingehend beschrieben.<sup>162</sup> Sie ist sehr spannend und zeigt eindrücklich den Einfluss des Klosters Disentis und die Verbindung mit der Nachbargemeinde Laax, auf deren Gebiet die Alpen liegen.<sup>163</sup> Strüby stellt allen Sagogner Alpen ein nicht gerade gutes Zeugnis aus. Das Gebiet wird an sich als günstig bezeichnet, doch werden viele Bewirtschaftungsmängel erwähnt:

«Auf Alp Sura, der Gemeinde Sagens gehörend, dagegen sind die vielen Felsspalten dem Vieh gefährlich und sollten abgefriedet werden. Seit einigen Jahren ist Plaun mit Nagiens zu einer Alp vereinigt; besser wäre wohl noch die Ausscheidung in eine Kuh- und eine Galtviehalp. Auf Nagiens sollte man mit den Ameisenhügeln einmal aufräumen und diverse Schutzgräben anlegen. In Bezug auf Schutzmauern und Abzäunungen, in Säuberungen und Bewässerungsanlagen ist Anerkennenswertes geleistet worden. Auf Plaun sollte der Bach noch besser korrigiert und die Alp, wie übrigens auf allen Grossviehalpen im gesamten Gemeindeareal, mit genügend Schermenbauten versehen werden.»<sup>164</sup>

So gehört die Gemeinde Sagogn mit ihren Alpen in den Oberländer Durchschnitt. Dies soll nicht heissen, dass man sich mit der Bewirtschaftung der Alpen keine Mühe gegeben hätte, doch muss auch die Alppflege – zum Teil waren die Gebiete noch grösser als in Sagogn – als eine finanziell äusserst anspruchsvolle und auch personalintensive Arbeit angesehen werden.

Auf den Alpbetrieb sei hier nicht mehr eingegangen. Er funktionierte in der Art, die in Kap. II 4.3 beschrieben wurde. Die Entlohnung erfolgte auf Plauns, nach dem Reglement von 1912, teils mit Geld, teils in Naturalien.<sup>165</sup> So erhielt der Cautegia<sup>166</sup> als Lohn 6 kg Alpbutter, 15 Zie-

ger und 20 Franken. Das Amt wurde turnusgemäss von den Bauern besetzt. Die Alpfamilie bekam eine Kleiderentschädigung von 70 Rappen, und ausserdem wurden pro Mahlzeit 50 Rappen gutgeschrieben. Jedes Jahr mussten zudem zwei «mignucas» (kleine Käse à 10 kg) für die nächste Familie zur Seite gelegt werden. Über den gesamten Betrieb wachte die Alpkommission. Die Entschädigung für Arbeiten auf der Alp betragen 3 bis 3.50 Franken pro Tag und Mann. Die Arbeiter mussten ein Mindestalter von 16 Jahren aufweisen. Erfüllte man seinen Anteil am Gemeinwerk nicht, war eine Busse von 3 Franken fällig. Wenn der Anmeldetermin für das Alpvieh nicht eingehalten wurde, musste die Gemeinde die zu spät angemeldeten Tiere nicht mehr berücksichtigen. Der Anmeldetermin war im Januar, und anfangs März sollten die Tiere zugeteilt sein.

Besser informiert als über die oben beschriebenen Alpen sind wir über die auf dem Gemeindegebiet von Vals liegende Alp Padanatsch. Sie gehörte von alters her Sagogn. Das Alpbuch ist überliefert und gibt Auskunft über den Padanatsch im Zeitraum von 1880 bis 1916.<sup>167</sup> Aus der Besatztablette (*Tabelle 8*) geht hervor, dass Padanatsch der Gemeinde vor allem als Schaf- und Stieralp diente. Bis 1889 wurde zusätzlich fremdes Vieh aufgenommen, darunter Kälber, Galtvieh, Rinder, Stiere und Pferde. Dazu wurde jeweils in der «Gasetta Romontscha» inseriert.

Allerdings blieb der Besatz durch – hauptsächlich fremdes – Grossvieh bescheiden. Die Alp diente vor allem den einheimischen und stets auch den auswärtigen Schafen als Sommerweide. Seit dem Jahr 1891 wurde sie explizit auch im Frühling und Herbst bestossen. Es kann jedoch sein, dass dies auch schon früher der Fall war. Über das Jahr 1896 gibt es im Alpbuch keine Eintragungen, da die entsprechenden Seiten fehlen.<sup>168</sup>

Der grösste Nachteil dieser Alp lag in ihrer weiten Entfernung vom Dorf. Um auf die Alp zu gelangen, brauchte man mindestens einen Tag; häufig musste man sogar unterwegs übernachten. Die anderen Alpen lagen in dieser Hinsicht zweifellos günstiger. Ab 1897 wurde Padanatsch nur noch im Frühling und im Herbst durch – meist einheimische – Schafe bestossen.

Das Alpbuch gibt genaue Auskunft über das Alppersonal. Ein guter Teil der Grossvieh- und Schafhirten sind sogar namentlich erwähnt,

wobei es sich meist um Leute aus der Gemeinde handelt. Die These von Weiss, dass die Oberländer fast ausschliesslich eigenes Alppersonal gehabt hätten, scheint für diesen Fall bestätigt. Die Löhne sind im behandelten Zeitraum praktisch stabil geblieben (vgl. *Tabelle 10*) und dürften etwa dem Durchschnitt entsprochen haben, wenn mit Inse-raten in der «Gasetta Romontscha» verglichen wird.

Die Gemeindekasse von Sagogn profitierte bis 1894 vom Alpbetrieb auf Padanatsch (vgl. *Tabelle 9*). Als man aber nur noch Schafe ins Valsertal trieb, änderte dies rapide, da die Taxen für das Grossvieh erheblich höher waren. 1880 und 1881 wurden für ein Kalb 6 Franken, für ein Stück Galtvieh 12 bis 15 Franken, für ein Rind 8 bis 10 Franken, für einen Stier 4 bis 7 Franken und für ein Schaf 30 bis 60 Rappen berechnet.<sup>169</sup> Für einheimisches und fremdes Vieh wurden dieselben Taxen erhoben. Ausserdem schwankte vor allem die Höhe der Schaftaxen sehr stark; die Gründe dafür sind nicht bekannt. Auf Plauns verlangte man für ein Stück Galtvieh 11 Franken, für ein Rind 8 Franken und für ein Kalb 4.20 Franken. Mehr Daten stehen leider nicht zur Verfügung.

Der grösste Teil des Alpbudgets auf Padanatsch wurde natürlich für die Entlohnung der Hirten gebraucht (vgl. *Tabelle 10*). Ausserdem mussten Salz und Brot für die Tiere bezahlt werden, manchmal auch Heu. Ins Gewicht fielen auch die Entschädigungen für die vielen Dienste, die sehr oft durch die Valser Bevölkerung oder durch die Leute aus Cumbel, Villa, Sevgein, Luven, Ilanz, Ruschein, Pigniu, Andiast, Schluein und Trin geleistet wurden. (Aus allen angeführten Orten wurde Vieh auf die Alp Padanatsch geschickt.) Daneben konnten auch Männer und Knaben aus Sagogn selbst manchmal etwas verdienen, galt es doch vielfach, Tiere zu begleiten, sie zu bewachen oder zu markieren, Salz und Brot zu bringen, bei Schnee Hilfe zu bieten etc. Natürlich erscheinen in der Rechnung auch stets Ausgaben für Briefe nach verschiedenen Orten. Darin wurde über Alpterminne und anderes informiert. Auch für die Alprechnung selbst gab es ein bescheidenes Entgelt. Mancher Hirt mag abends darüber gebrütet und erstmals so richtig realisiert haben, weshalb der Lehrer soviel Wert auf die Arithmetik gelegt hatte.

## 5. WALDWIRTSCHAFT

Der Kanton Graubünden, flächenmässig der zweitgrösste Schweizer Kanton, verfügt – nach Oprecht – auch über die zweitgrösste Waldfläche, nämlich 134 044 ha. 90% der Wälder sind im Besitz von Gemeinden und Korporationen, 9,8% gehören Privaten, und die restlichen 0,2% sind staatliches Eigentum (Staatswaldungen der Anstalt Realta).<sup>170</sup>

Die Bedeutung des Gebirgswaldes darf nicht unterschätzt werden. In vielen Sagen und Märchen spielt er eine wichtige Rolle. Für die Bauern ist er von enormer Bedeutung, was die Wirtschaft betrifft: Ein Arbeitsplatz in ruhigeren Zeiten, Ort für die Jagd und das Sammeln von Früchten und Beeren sowie Weide und Unterschlupf für die Tiere bei Unwettern und unverhofften Wintereinbrüchen. Zudem schützt er als Bannwald den Menschen vor Lawinen, Erdbeben und Steinschlag. Ausgedehnte Rodungen, vor allem aus Gewinnstreben, haben dem Bündner Wald sehr geschadet. Sie verursachten Überschwemmungen, Steinschläge und Erdbeben. Schliesslich wuchs dann doch die Einsicht, dass es nicht mehr im selben Stil weitergehen konnte. 1876 wurde das Eidgenössische Forstgesetz geschaffen; ein sehr fortschrittliches Gesetz, welches mit strengen (und auch tauglichen) Mitteln den Gebirgswald im speziellen wie den Schweizer Wald im allgemeinen wieder kurieren sollte.

Der in dieser Arbeit behandelte Zeitraum beinhaltet somit für das Waldwesen eine Periode grosser Arbeitsintensität. Neuerungen und Anpassung von Bewährtem an die Bedürfnisse der neuen Zeit taten not. Der Kleine Rat teilte deshalb den Kanton in 13 Forstkreise auf (früher waren es nur acht).<sup>171</sup> Der Wald musste genau vermessen werden. Ausserdem mussten die entsprechenden Fachleute Wirtschaftspläne erarbeiten und überwachen. Für die Gemeinden, denen der meiste Wald gehörte, bedeutete dies eine grosse Herausforderung. Diese war wohl mit viel Aufwand verbunden, eröffnete aber auch neue finanzielle Einnahmemöglichkeiten.

### 5.1. Die Gemeindewaldungen von Sagogn

Laut den Ergebnissen der Waldvermessung, die im Jahr 1910 beendet war, verfügte die Gemeinde Sagogn über ein Waldareal von 550,6 ha.

Die produktive Fläche betrug 483 ha (87,7 %). 6 ha (1,1%) wurden als «absoluter Schutzwald» bezeichnet. Temporär ertragslos waren nach dem Flächenverzeichnis von 1910 14 ha (2,5 %), absolut keinen Ertrag brachten 48 ha (8,7 %).<sup>172</sup>

Der Revierförster beschrieb den Wald von Sagogn im Wirtschaftsplan folgendermassen:

«Was die Verteilung der Holzarten in waldbaulicher Hinsicht anbelangt, so hat sich dieselbe von Natur aus in Anlehnung an die Bodenansprüche so gestaltet, wie sie der Mensch nicht besser hätte erziehen können. Die Föhre als die anspruchsloseste Holzart hat alle diejenigen Flächen mit Beschlag belegt, auf denen in Folge von Flachgründigkeit, Humusmangel und Trockenheit die Fichte nicht mehr oder nur noch kümmerlich und die Tanne überhaupt nicht mehr gedeihen kann. Sobald die Bodenverhältnisse besser werden, ist auch sofort die Fichte beigemischt und wo sie wirklich gut sind, tritt dann auch die Tanne auf. So wechselt fast im ganzen Sagenser Wald das Bild unaufhörlich von Südhang zu West-Ost- oder Nordhang, von Grat zu Mulde, von Hang zu Plateau, wobei die Übergänge von einer Holzart zur andern sehr schroff, manchmal ausgeglichener sind, es auch vorkommt, dass eine Holzart sich etwas zu weit in das schlechtere Gebiet vorwagt und dann nur kümmerlich gedeiht. Tritt hingegen die Föhre in guten Lagen in Mischung mit Fichte und Tanne auf, so leistet natürlich auch sie viel mehr als auf den trockenen Hängen und wächst zu über 30 m hohen astreinen und vollholzigen Stämmen heran; leider bildet sie nicht überall das begehrte Kernholz wie es wünschbar wäre und wozu es nach Erfahrungen in andern Forstkreisen ein ziemlich hohes Alter der Bäume benötigt. Die Fichte zeigt mit Ausnahmen der sehr trockenen Südhänge, wo eben die Föhre das Szepter führt, ein ordentliches bis sehr gutes Wachstum, dagegen ist sie, von einigen dicht aufgewachsenen Horsten abgesehen, ziemlich astig, so dass wenig erstklassiges Sagholz anfällt. Recht gut gedeiht an den ihr zusagenden Orten die Tanne. Ihr Holz ist zwar im Handel weniger begehrt als das der Fichte, sie verjüngt sich leichter, ist weniger der Fäulnis ausgesetzt und ist wuchskräftiger.»

Dieser Schatz der Gemeinde bedurfte einer umsichtigen Pflege und Bewirtschaftung. 1895 erliess die Gemeinde eine neue Waldordnung,<sup>173</sup> die durch ihre Strenge beeindruckt. Dieses neue Instru-

mentarium für die Gemeinde kam offenbar nicht nur durch den Druck der neuen Gesetzgebung und die Warnungen der Experten zustande, sondern auch durch die Einsicht der Bürger.

Im folgenden soll auf die wichtigsten Punkte dieser Ordnung (uorden d'uaul) eingegangen werden.

Die Aufsicht über die Gemeindewaldungen oblag der Waldkommission. Sie bestand aus dem Präsidenten, zwei Gemeinderatsmitgliedern sowie zwei Stellvertretern. Die Wahl erfolgte geheim auf zwei Jahre, und eine Wiederwahl war zulässig. Durch Auslosen wurden zwei Mitglieder als Gericht gewählt. Die Kommission trat zweimal jährlich zusammen, vor allem um die fälligen Bussen zu besprechen. Dies geschah jeweils zu Beginn der Monate Januar und Juni. Anfang März erstattete sie Bericht über den Geschäftsgang. Die Rechnung wurde durch den Präsidenten kontrolliert.

Der Revierförster wurde für drei Jahre gewählt. Er war direkt der Waldkommission unterstellt. Zudem unterstand er dem Kreisförster und musste dessen Anordnungen befolgen. Bei den Sitzungen der Waldkommission hatte er beratende Stimme und schrieb das Protokoll.

Bei Interpretationsunsicherheiten der Waldordnung war zunächst der Gemeinderat, dann der Kleine Rat zuständig.

Wie allgemein üblich, unterschied auch die Waldordnung zwischen Bürgern und Beisässen, was den Nutzen betraf. Die Beisässen erhielten nur dann Holz, wenn ein genügend grosses Kontingent vorhanden war, und wenn die Bedürfnisse der Bürger ganz erfüllt waren. Die Taxen für die Beisässen waren stets um 50% höher als jene für die Bürger, und zwar wurden sie 1895 folgendermassen festgesetzt:

Rottanne (pegn)	5.55 Franken
Weisstanne (viez)	3.70 Franken
Kernholz (teu tgietschen)	5.55 Franken
(teu alv)	3.70 Franken

(Es handelt sich dabei um Pflichtholz (lenna de diever). Die Taxen waren pro m<sup>3</sup> auf dem Stock festgelegt.)

Zudem waren für das Bedarfsholz (lenna per seits) 15 Rappen pro Meter zu bezahlen (Abgabe nur bei genug grossem Kontingent).

Die erwähnten Taxen waren eine wichtige Einnahmequelle der Gemeinde.

Jede Haushaltung hatte Anspruch auf 3m<sup>3</sup> Brennholz pro Jahr, den Kubikmeter zu 2.70 Franken, gesamthaft also 8.10 Franken. Dieses Quantum deckte natürlich den täglichen Bedarf nicht. Die Leute konnten Wurfholz auf der Gant erstehen; das Holzsammeln war zu gewissen Zeiten kostenlos; bei Verkäufen blieben Abfälle zurück, und schliesslich schwemmte auch der Rhein einiges an.

Die Bussen, welche die Waldordnung vorsieht, müssen als sehr streng angesehen werden. Für Holzdiebstahl galten folgende Ansätze:

Busse pro Pflanze von 30 cm Durchmesser, Höhe 1,3 m vom Stock

Art	freie Zeit	geschlossene Zeit
Lärche	10–15 Fr.	15–20 Fr.
Rottanne, Weisstanne etc.	5–12 Fr.	8–15 Fr.

Busse pro Pflanze von weniger als 30 cm Durchmesser

Art	freie Zeit	geschlossene Zeit
Lärche	5–10 Fr.	8–12 Fr.
Rottanne, Weisstanne etc.	3–8 Fr.	5–10 Fr.

Falls jemand Pflanzen aus Leichtsinne schädigte oder unerlaubterweise im Wald oder am Waldrand ein Feuer entfachte, betrug die Busse zwischen 3 und 100 Franken. Die unerlaubte Gewinnung von Harz und Rinde kostete 2 bis 10 Franken. Auch Nichterfüllung des Gemeinwerks zog eine Busse nach sich. Sie betrug 2 bis 5 Franken. Unerlaubtes Weidenlassen von Vieh im geschlossenen Wald kostete pro Ziege 80 Rappen, pro Schaf und Stück Grossvieh 50 Rappen.

Gerade das Thema «Wald und Weide» gab immer wieder zu grossen Diskussionen Anlass. Klar ist, dass die Waldweide vor allem dem Jungwuchs schadete. Das «Bündner Bauernblatt» schrieb:

«Die Ausscheidung von Wald und Weide nimmt sich auf dem Papier sehr schön aus. Die Forstwirtschaft im Gebirge würde um Vieles leichter und vereinfacht, wenn man den Weidgang nicht zu berücksichtigen brauchte, bloss sollte dann überall auch das nöthige Areal

vorhanden sein, um es als Weide ausscheiden zu können, damit man nicht gezwungen würde, die Hälfte des besten Waldlandes zu diesem Zwecke abtreten zu müssen.»<sup>174</sup>

Ausserdem meinte der Autor gar, die Aufhebung der Waldweide könnte manchen armen Bauern zum Auswandern zwingen. Auch wenn dies vielleicht etwas übertrieben sein mag, so ist doch klar, dass gerade die Ärmsten am meisten von dieser Einrichtung profitierten.

Der Holzhandel war – wie in den meisten Orten des Kantons – die Haupteinnahmequelle der Gemeinde. Den Handel statistisch genau zu erfassen ist jedoch nicht möglich, da nur sehr wenig Holzverträge erhalten sind.<sup>175</sup> Oprecht und Cahannes dokumentieren eindrücklich die Wichtigkeit dieses Erwerbszweiges.<sup>176</sup> Sie zeigen die steigende Nachfrage und die – vor allem während des Krieges – in grosse Höhe schnellenden Preise.<sup>177</sup> Nach Kriegsende fielen die Preise wieder.

Sie waren in den verschiedenen Gegenden des Kantons je nach Transportmöglichkeiten, Art und Qualität des Holzes unterschiedlich. Für Föhre und Arve, vorwiegend aus dem Engadin, bestand eine viel höhere Nachfrage, und die Preise waren dementsprechend höher als diejenigen für Rot- und Weisstanne. Bezüglich der erzielten Holzpreise bewegte sich der Kreis Ilanz etwa in der Mitte.<sup>178</sup>

Über den Verkauf von Nutz- und Brennholz heisst es im 2. Wirtschaftsplan von Sagogn:

«In Jahren normaler Holzmarktlage geht der Absatz schlank vor sich. Dabei ist Flims für die oberen Waldungen ein guter Abnehmer von Brennholz und das Nutzholz wird je nach den Waldarten nach Laax – wo eine Handelssäge besteht – nach Ilanz oder via Bahnstation Valendas-Sagogn nach Chur oder ins Unterland verkauft. Für den Transport nach ersteren Orten steht die Oberländerstrasse zur Verfügung, für denjenigen nach der Station Valendas kommt eine kurze Strecke der Strasse Sagens-Station und dann das Waldwegnetz selbst in Frage. Ungünstiger als für das Verkaufsholz ist die Zufahrt nach Sagens für das Eigenbedarfsholz, denn das Hauptgebiet ist durch das tief eingeschnittene Sagensertobel oder Val Mulin vom Dorf getrennt und der Transport muss eine starke Gegensteigung überwinden, allerdings auf guter Strasse.»<sup>179</sup>

Aus dem Forstbericht stammen die folgenden Zahlen, die die Einnahmen aus den Waldungen betreffen:

Periode 1897-1920	Durchschnitte	
	pro Jahr	Prozent
Steuern von Petitionsholz	1325 Fr.	13 %
Steuern von Losholz	2323 Fr.	22 %
Erlös Nutzholz	6427 Fr.	61 %
Erlös Brennholz	348 Fr.	3 %
Verschiedenes	69 Fr.	1 %

Bezüglich der Quantität des genutzten Holzes finden sich diese Angaben:

Periode 1897-1920	Durchschnitte	
	pro Jahr	Prozent
Abgabe von Petitionsholz	154 fm	19 %
Abgabe von Losholz	415 fm	52 %
Verkauf Nutzholz	182 fm	23 %
Verkauf Brennholz	46 fm	6 %

Als sich der Holzhandel professionalisierte und die Nachfrage grösser wurde, wandelte sich auch die Arbeit mit dem Holz. Das traditionelle Gemeinwerk drohte zurückzugehen; die Holzfirmen vergaben die Akkordarbeit nicht unbedingt an Leute aus den entsprechenden Gemeinden. Interessanterweise ist in den wenigen erhaltenen Holzverträgen oft explizit festgehalten, dass Leute aus der Gemeinde die mit dem Verkauf anfallende Arbeit erledigen sollten, bzw. dass sie bei gleichen Bedingungen den Auswärtigen vorzuziehen seien.

## 5.2. Die Jahresberichte des Kreisförsters

Seit 1898 geben die Jahresberichte der Kreisförster einen Einblick in den forstamtlichen Alltag.<sup>180</sup> Im folgenden soll den stets auftauchenden Problemen etwas nachgegangen werden.

An erster Stelle der Klagen standen fast jedes Jahr Personalprobleme. Noch 1918 schrieb Kreisoberförster Casparis:

«Karg sind unter heutigen Lebensverhältnissen die Besoldungen der Revierförster. Jeder bessere Waldarbeiter verdient 10–12 Franken per Tag, während der Revierförster sich mit 6–7 Franken Taglohn begnügen muss. Diese misslichen Besoldungsverhältnisse bedeuten für

die Waldwirtschaft der Gemeinden einen grossen Schaden. Der Revierförster muss um seine Familie ehrlich und recht durchzubringen Nebenbeschäftigungen suchen, die ihn dann oft mehr oder weniger von seinem Beruf ablenken, und zwar zum Schaden der Waldbesitzer.»<sup>181</sup> Tüchtige Kräfte wollen den Forstdienst verlassen, nur mit Mühe ist es uns gelungen eingereichte Demissionen rückgängig zu machen. Im Laufe des Berichtjahres haben wir die Gemeinden schriftlich und auf Revierversammlungen auf die dringende Notwendigkeit der Besserstellung der Revierförster aufmerksam gemacht, leider aber nicht überall mit dem gewünschten Erfolge ...»

Ein anderer forstwirtschaftlicher Dauerbrenner blieb, wie im vorhergehenden Kapitel bereits erwähnt, die Waldweide. Das Weiden des Schmalviehs im Wald war weiterhin oberländische Realität.

Ein weiterer Schadenverursacher war der Borkenkäfer. Sein Auftreten steht jedoch in direktem Zusammenhang mit schlechter Walldräumung und stellt also dem Einsatz der Gemeinden nicht das beste Zeugnis aus.

Der Arbeitsanfall in den Waldungen des Kreises variierte von Jahr zu Jahr. Oft führten Schäden durch Windwurf und Schneedruck zu kurzfristig hohem Arbeitseinsatz. Daneben mussten die anderen Arbeiten wie Vermessungen, Wirtschaftspläne und Büroarbeiten, über deren Ausmass schon 1920 geklagt wurde, erledigt werden.

Im untersuchten Zeitraum versuchten die Behörden mit grossen Anstrengungen, den wichtigen Wirtschaftszweig «Wald» auszubauen und neue, moderne Strukturen für die Bewirtschaftung zu schaffen. Gemeinden erhielten neue Forstordnungen; Reviere wurden neu, zweckmässiger eingeteilt, und das Personal wurde richtig, nach eidgenössischen Normen, geschult.

## 6. ACKERBAU IN SAGO GN

Die Zahlen der Eidgenössischen Betriebszählung von 1905 sind deutlich (vgl. *Tabelle 3*), und die später erhobene Arealstatistik bestätigt es: Die Ackerbaufläche in der Surselva war klein. Die Tage, in denen die Gruob als Kornkammer bezeichnet wurde, waren vorbei. Nur noch die zahlreichen Mühlen zeugten davon.<sup>182</sup> Schon einige Jahrzehnte zuvor

begann sich diese Entwicklung abzuzeichnen: Die Getreidepreise sanken, und die Viehpreise stiegen; der Getreidebau rentierte nicht mehr. Ende der Siebzigerjahre des 19. Jahrhunderts rieten die Landwirtschaftsexperten den Bauern vom Ackerbau, besonders vom Getreidebau, ab.<sup>183</sup> Der Ausbau eines modernen Transportnetzes verbilligte das auswärtige Getreide so stark, dass das einheimische nicht mehr damit konkurrieren konnte. Ausserdem war die geringere Rentabilität des Ackerbaus noch mit dem immer vorhandenen Risiko von Fehljahren gepaart. Wohl hätte hier – wenigstens nach Meinung der Experten – das Risiko mit Hilfe von genossenschaftlicher Arbeitsweise verteilt werden können. Dies blieb aber Theorie. Diese Entwicklung liess sich gesamtschweizerisch verfolgen, und der damalige Bauernsekretär Dr. Laur sah darin schon 1908 eine politische Dimension: «Der heutige Zustand der Brotversorgung unseres Landes ist unhaltbar und von den obersten Bundesbehörden nicht zu verantworten.»<sup>184</sup> In der folgenden Zeit wurde verlangt, dass der Ackerbau nicht noch mehr eingeschränkt werde. Man solle vielmehr versuchen, vermehrt den Eigenbedarf zu decken. Im «Volkswirtschaftlichen Blatt» erschien eine Serie über die Problematik des Ackerbaus. Der Autor, Gaudenz Barblan, analysierte die Lage im Unterengadin. Mit modernen volkswirtschaftlichen Methoden erstellte er Rentabilitätsberechnungen und kam zur Schlussfolgerung, dass der Ackerbau keineswegs unrentabel sei. Obwohl solche Berechnungen natürlich mit vielen Unbekannten operierten, liessen sie wohl manchen Bauern stauen. Ob sich aber der Bündner Bauer so schnell überzeugen liess, muss bezweifelt werden. Barblan schenkte übrigens noch einem anderen Aspekt Beachtung, der uns heute geradezu modern anmutet. Er wies auf das Landschaftsbild hin und betonte, dass die Beibehaltung des Ackerbaus im Unterengadin auch die Landschaft lebendiger mache, was sowohl dem einheimischen wie dem fremden Auge zugute käme. Ausserdem sei es nicht wahr, dass der Ackerbau vermehrt Arbeitskräfte brauche: Die Arbeit auf den Äckern finde zu einer Zeit statt, während der es sonst nicht viel zu tun gäbe.<sup>185</sup> Ob dem wirklich so ist, kann bezweifelt werden. Doch war gerade die Frage der Arbeitskräfte für das Oberland im behandelten Zeitraum noch kein Problem. Die Landwirtschaftsexperten betonten immer wieder, dass gerade auch Verbesserungen beim Ackerbau zu besseren Resultaten führten.

Erwähnt wurde schon die Organisation. Ausserdem wurden sowohl die Gerätschaften wie der Fruchtwechsel kritisiert. Des weiteren sei eine verbesserte Düngung nützlich.<sup>186</sup>

Die Anbaubedingungen für Getreide waren in der Gruob sehr gut. Wichtigste Getreidearten waren Gerste, Roggen, Weizen und Mais. In nicht zu hohen Lagen gedieh auch Wintergetreide. Die Anbaustatistiken aus den Jahren 1917 und 1919 vermitteln ein detailliertes Bild, das aber sicher durch die Kriegssituation geprägt ist. Im folgenden werden die Zahlen des Jahres 1919 zitiert, da sie das Kriegsende und zugleich ungefähr das Ende des untersuchten Zeitraumes markieren. Sie unterscheiden sich jedoch nicht stark von denjenigen aus dem Jahr 1917.<sup>187</sup>

In Sagogn pflanzte fast jedermann Getreide an. 59 von den 100 Produzenten pflanzten 634,30 a Sommerweizen (durchschnittlich 10,7 a), 24 Sommerroggen auf einer Fläche von 122 a (durchschnittlich 5,1 a), 14 Sommerkorn auf 156 a (durchschnittlich 11,1 a) und 14 Winterroggen auf 79,8 a (durchschnittlich 5,7 a). Mehr als die Hälfte, nämlich 64 Bauern, pflanzten Gerste an, die als Getreide in Graubünden die Spitzenposition einnahm. Auch Mais wurde von 62 Produzenten angebaut und erreichte eine Produktionsfläche von 370,0 a (durchschnittlich 6,0 a). Im Schnitt bebaute ein Produzent aus Sagogn 28,2 a mit Getreide. Damit lag Sagogn über dem Durchschnitt des Kreises Ilanz (24,3 a) und des Bezirks Glenner (26,1 a).

Es bleibt die Frage, wie hoch der Deckungsgrad des Eigenbedarfs durch den Anbau war. Tomaschett<sup>188</sup> schreibt, dass der Getreideanbau im Jahr 1880 noch 90 % und im Jahr 1915 noch 50 % des Eigenbedarfs deckte. Es ist auf jeden Fall sicher, dass das angebaute Getreide den täglichen Bedarf nicht gedeckt hat und dass dazugekauft werden musste. Auch hat der Kanton Graubünden die kriegswirtschaftlichen Anforderungen eines Mehranbaus von Brotgetreide in keiner Weise erfüllt. Selbst wenn 1919 auf einer zusätzlichen Fläche von 18767,89 a (21,1%) produziert wurde, so waren dies nur 14,4 % des verlangten Mehranbaus.<sup>189</sup>

Der Kartoffelanbau war in der Surselva von grosser Bedeutung. Fast jedermann besass einen Kartoffelacker. «Truffels» waren ein sehr wichtiger Bestandteil des Menüplans. Auch vom ernährungswissenschaftlichen Standpunkt aus galten die Kartoffeln schon damals als

die Feldfrucht, die auf kleinem Raum die proportional grösste Menge an Nährstoffen lieferte.<sup>190</sup> Das sehr kritische «Volkswirtschaftliche Blatt» schrieb 1884:

«Der Kartoffelbau, der im Oberland überall und wie ich mich überzeugen konnte, gewiss mit gutem Erfolg betrieben wird, soll eine Vermehrung nicht erhalten, da er in seinem bisherigen Umfange wohl genügen könnte.»

Es wurde einzig kritisiert, dass die Pflanzen oft zu nahe aufeinanderfolgten, was sowohl der Quantität wie der Qualität schade.<sup>191</sup>

Die ebenfalls zu den Hackfrüchten gehörenden Runkeln bzw. Kohlrüben wurden kaum angepflanzt, was die Experten stets bedauerten.

## 7. GARTENBAU

Von den Hülsenfrüchten wurden vorwiegend Bohnen angebaut. Der Anteil an Bohnen und Erbsen soll vor der Einführung der Kartoffel grösser gewesen sein.<sup>192</sup> Ganz allgemein gilt, dass der Gemüseanbau erst einmal richtig gefördert werden musste, da die Oberländer Gemüse an sich weniger kannten und zum Teil auch nicht sehr schätzten. Im gesamten behandelten Zeitraum wurden durch das «Volkswirtschaftliche Blatt» viele Kurse angeboten, darunter auch Gemüseanbaukurse in den Dörfern selbst. Wie Prof. Anderegg, der unermüdlige Berner Wanderlehrer, erklärte, war das Echo immer sehr gross. Schon 1877 erwähnte Anderegg die schönen Lagen von Ilanz und Castrisch und meinte, sie eigneten sich für den Gemüseanbau ausgezeichnet. Besonders betonte er die guten Voraussetzungen der Gebiete am Glenner, wo der Schlamm des Flusses eine hohe Fruchtbarkeit hervorrufe.

Über einen Gemüsebaukurs in Ilanz berichtete das «Volkswirtschaftliche Blatt» folgendes:

«Der Gemüsebaukurs in Ilanz wurde unterm 18. August nach einer 4tägigen Dauer geschlossen. Es nahmen an demselben über 30 Frauen und Töchter Theil, sowie auch einige Landwirthe und Freunde der Landwirthschaft aus Jlanz und Umgebung. Für die praktischen Arbeiten hatten einige Private ihre Gärten bereitwillig offerirt und es konnten solche in der kurzen Zeit ziemlich durchgeführt werden.

Die englischen und amerikanischen Gartengeräthschaften, von welchen Herr Prof. Anderegg ein Sortiment zur Benutzung mitgebracht hatte, haben durchschnittlich erfreuliche Aufnahme und deren Zweckmässigkeit allgemeinen Anklang gefunden. Es ist zu hoffen, dass solche Eingang finden und damit ist auch eine wichtige Branche, die gute Bodenbearbeitung durch zweckmässige Geräte, bedeutend gefördert; denn auch hier gilt es: Gut Werkzeug macht den Meister! Wir wollen hoffen, dass die unter den Theilnehmern sich sichtlich zeigende Begeisterung für Gemüsebau nicht wie ein flackerndes Strohfeuer schnell erlischt, sondern solches durch ein engeres Anschliessen der Kurstheilnehmer unter sich, der Kurs nachhaltig wirkt und dieser wichtige Zweig der Landwirthschaft gehoben und gefördert werde.»<sup>193</sup>

Man erkennt hier auch die soziale Funktion solcher Kurse. So konnte das Erlernen von etwas Nützlichem mit fröhlichem Beisammensein verbunden werden.

Auch für den Obstbau finden sich in der Gruob optimale Voraussetzungen. Die Lage wird 1884 folgendermassen geschildert:

«Einen prächtig gepflegten Obstbau findet man insbesondere in Ilanz, theilweise auch in den umliegenden Gemeinden. Die Bäume sind hier in allen Altersstufen vertreten und namentlich findet man, dass dort im Laufe der letzten 20 Jahre gewaltige Anstrengungen gemacht worden sind, den Obstbau zu heben. Die Baumpflege lässt in Ilanz nur hin und wieder etwas zu wünschen übrig und man findet dort nicht blos schöne Bäume, sondern auch vortreffliche Obstsorten. Einen Vorwurf muss ich aber dennoch machen. Sie sind sich gewöhnt ihre Bäume aus altrenomirten Baumschulen der untern Schweiz zu beziehen und scheinen zu vergessen, dass man solche im Kanton selbst und wie ich mich überzeugen konnte, in besserer Qualität erhalten könnte und zudem noch billiger. Also etwas mehr Patriotismus!»<sup>194</sup>

Der grösste Feind des Obstbaus war die Atzung. An zu vielen Orten richtete das Kleinvieh Schäden in den Gärten und natürlich auch auf den Äckern an.

Das Dorfbild von Sagogn war geprägt von vielen Obstbäumen. Die meisten Leute besaßen einen mehr oder weniger grossen Baumbestand; vielfach waren dies eigentliche Obstgärten. Äpfel, Birnen, Zwetschgen, Pflaumen, Kirschen und auch Nüsse gediehen herrlich. Die Früchte

wurden nicht nur frisch genossen, sondern sie wurden gedörst, eingemacht und – v. a. Zwetschgen, Pflaumen und Kirschen – zu Schnaps gebrannt.

## 8. LANDWIRTSCHAFTSPOLITIK

### 8.1. Bäuerliche Interessenvertretung

Die schweizerische Landwirtschaft befand sich gegen das Ende des 19. Jahrhunderts in einer sehr schwierigen Situation. Die Integration der Schweiz in den Weltmarkt bewirkte grosse Umstrukturierungen. Sie waren besonders durch die Konkurrenz des überseeischen Getreides, aber auch durch diejenige von ausländischem Fleisch bedingt. Speziell die Klein- und Halbbauern litten darunter. Die Bodenpreise stiegen enorm, und die Verschuldung bzw. Aufgabe von Betrieben war alltäglich geworden. Eine starke Interessenvertretung der Bauern tat not. 1897 schlossen sich verschiedene schon existierende Vereine zusammen und gründeten den «Schweizerischen Bauernverband».

In Graubünden gab es – wie auch im Unterland – schon seit der Mitte des 19. Jahrhunderts Leute, die sich zur Förderung verschiedener bäuerlicher Anliegen zusammenschlossen. Diese Vereinigungen verschwanden aber nach einiger Zeit wieder.<sup>195</sup> Dies lag sicher zu einem erheblichen Teil daran, dass sich jegliche Vereinskultur in Gebirgsgegenden mit Schwierigkeiten konfrontiert sieht; wenn ein Verein über die jeweilige Talschaft hinausgeht, sind Reisen zu Versammlungen viel mühsamer als in den städtischen und ländlichen Gebieten des Unterlandes. Vielfach wird auch auf eine mentalitätsmässige Zurückhaltung der Bündner Bauern gegenüber Vereinen hingewiesen.

Als Gründungsjahr des «Landwirtschaftlichen Vereins» gilt 1844. Dieser erste Verein scheiterte aber – wie es heisst – am Desinteresse und an der Rückständigkeit des Bündnervolkes. 1858 kam es zu einer Neukonstituierung. 1893/94 wurden die Statuten abermals revidiert, und 1910 gehörten dem Verband 65 Sektionen an. (Dazu gehörte auch der landwirtschaftliche Verein Sagogn. Die ihn betreffenden Dokumente sind leider nicht mehr auffindbar.) Die Mitgliederzahl betrug

2007. Seit 1908 besass der Verein ein Vereinsorgan, das «Volkswirtschaftliche Blatt», das 1912 in «Bündner Bauernblatt» oder «Die Graue» umbenannt wurde. Redaktor war von 1877 bis 1882 Prof. Anderegg, Dozent an der Landwirtschaftlichen Schule Chur und unermüdlicher Wanderlehrer. Bis 1908 redigierte Prof. Frey das Blatt. Es hatte nur 80 Abonnenten, obwohl es fachlich ausgezeichnet und sehr engagiert geschrieben war. Danach übernahm ein Kollektiv, bestehend aus Lehrern des Plantahofs, die Redaktion des neuen Vereinsorgans, und die Auflage stieg auf 600 Exemplare.

In der Zeit vor dem 1. Weltkrieg erlebte der «Landwirtschaftliche Verein» einen deutlichen Aufschwung. Ausserdem kann auch eine Verfestigung der Strukturen konstatiert werden. Es fehlte allerdings auch nicht an Diskussionsthemen. So zeigte es sich, dass die Lage der Berglandwirtschaft noch schlimmer war als diejenige im Unterland. Planta-Canova meinte in einem Vortrag vor dem Verein zu diesem Thema:

«...die Landwirtschaft im Tal, in der Ebene, strengt sich im Ganzen gewaltig und mit Erfolg an, ihre Produktion zu steigern; doch ist unzweifelhaft, dass trotzdem noch unzählige Hektaren nicht nur in unserem Kanton, sondern auch anderwärts erhöhten Ertrags fähig wären, und es ist nur Mangel an Arbeitskraft oder Mangel an Kapital, der diese wünschbare Ertragssteigerung verhindert. Schlimmer aber sieht's aus in den Bergen. Die *höchsten* Alpengebiete, deren feine Gräser ehemals durch Schafe zu Fleisch verwandelt wurden und dem Tale Nahrung brachten, sind heute zum Teil verödet; die betreffende Weide fault jährlich nutzlos ein, weil die Schafhaltung zurückgeht, ganze Alpengebiete verwildern durch Steinschlag und Rutschungen! In den weiter unten liegenden kleinen Bergdörfern nimmt die Bevölkerung langsam, aber sicher ab, und deren Güter werden, weil zu wenig Menschen zur Verfügung stehen, mangelhaft bewirtschaftet und werfen nicht diejenigen Erträge ab, deren sie fähig wären.»<sup>196</sup>

Der «Landwirtschaftliche Verein» versuchte, die vielen anstehenden Fragen in Vorträgen und Artikeln bzw. Artikelserien aufzugreifen, gemeinsam mit den Mitgliedern Lösungen und Wege zu suchen. Meist wurden Experten eingeladen, die an den Vereinsversammlungen sprachen. So referierte der schweizerische Bauernsekretär Laur in Chur über das neue Zivilgesetzbuch und dessen Bedeutung für die

Landwirtschaft. Andere Diskussionsthemen waren der neue Zolltarif, die Möglichkeit höherer Renditen der Berglandwirtschaft, die Güterzusammenlegung und die Alltagsprobleme der Vorkriegs- sowie der Kriegszeit wie Viehverkehr, Viehkrankheiten, Viehprämierung etc.

Trotz der Erfolge war die Mitgliederzahl in verschiedenen Talschaften noch unbefriedigend, so auch in der Surselva. Durch den 1. Weltkrieg, der die Bauern vor diverse Schwierigkeiten stellte, kam es aber schliesslich im Oberland zur Gründung der «Uniun Purila Sursilvana». Im Jahr 1916 wurde sie als Sektion in den «Landwirtschaftlichen Verein» aufgenommen.

Die Oberländer Bauern trafen sich am 10. September 1916 in Ilanz zur Gründungsversammlung. Zum ersten Präsidenten der «Uniun» wurde Dr. Alois Steinhauser von Sagogn gewählt.<sup>197</sup> Als Nationalrat verfügte er in Bern über die notwendigen Kontakte zum Landwirtschaftsdepartement. Diese waren gerade für die während des Krieges schnell wechselnden Verhältnisse vorwiegend betreffend Viehexport von grossem Nutzen.

Die «Uniun» versuchte, mit Hilfe von Zirkularen und Flugblättern Informationen und Vereinsprogramm unter die Bauern zu bringen. Besonders offensichtlich wurde die Notwendigkeit einer starken Bauernvertretung im Jahr 1916. Schlechte Information und Verwirrung, eine Folge des Krieges, wurden damals von den Händlern brutal ausgenutzt. Der Stiermarkt in Disentis, der am 1. September stattfand, wurde von den Händlern durch einen Generalstreik boykottiert. Während des Marktes wurde kein einziges Stück Vieh verkauft. Anschliessend nahm man den verzweifelten Bauern ihre Tiere für wesentlich weniger Geld ab. Ähnliche Praktiken hatte es schon immer gegeben, doch nun gingen vielen Landwirten die Augen auf. Die «Uniun» verfasste ein Flugblatt, mit dem sie die Bauern informierte und warnte: «Adatg purs!» (vgl. *Abbildung 5*: Flugblatt der Uniun Purila Sursilvana: «Adatg purs!»<sup>198</sup>). Durch die Bemühungen von Steinhauser gelang es in der Folge, mit dem Departement und der Exportkommission direkt in Kontakt zu kommen, und es wurde möglich, Tiere für die Ausfuhr nach Deutschland zu liefern. Eine spezielle Gruppe kaufte in der Surselva Vieh auf, das dann direkt der Exportkommission übergeben wurden. Für Stiere wurden 320 Franken, für Rinder 530 Franken bezahlt. Diese Preise dürfen für die Zeitverhältnisse als gut angesehen werden. Ins-

gesamt fanden nicht weniger als 2245 Tiere einen Abnehmer, und der Kasse des neuen Vereins fielen noch 4500 Franken zu.<sup>199</sup> Ausserdem wurde noch für den Verkauf von Schlachtvieh an die Armee gesorgt.<sup>200</sup>

Daneben befasste sich die «Uniun» mit den eigentlichen landwirtschaftlichen Themen wie Butterrationalisierung oder Brotkarten. Mit der Information der Bauern über solche Themen übernahm sie auch Arbeit, die eigentlich den kantonalen Behörden oblag.<sup>201</sup>

## 8.2. Landwirtschaftliche Sachfragen

Im Jahr 1905 reichte Grossrat Solèr von Vrin im Grossen Rat eine Motion ein. Er verlangte, dass die Gelder für die Prämierungen an den Viehausstellungen erhöht werden sollten. Dies motiviere die Bauern noch stärker, auf eine gute Zucht zu achten und an den Ausstellungen teilzunehmen. Ausserdem forderte er zu einer Änderung des Prämierungsmodus' auf und verlangte, dass der Herkunftsnachweis der Tiere obligatorisch werden sollte. Es würden ja jetzt schon Tiere mit Abstammungsnachweis an den Prämierungen vorgezogen. Dass sich die Gesellschaften zur Förderung der Viehzucht aber trotz Propaganda nur langsam entwickelt haben, schrieb Solèr vor allem zwei Tatsachen zu:

1. Die Gesellschaften waren verpflichtet, ein Zuchtbuch zu führen. Dies wurde als Belastung empfunden, war aber eine Auflage und eine Voraussetzung zum Bezug von eidgenössischen Beiträgen.

2. Die Abstammung musste berücksichtigt werden.<sup>202</sup>

Immerhin konnte die «Gasetta Romontscha» 1909 vermelden, dass es in der Cadi nun praktisch keine Gemeinde mehr gäbe, die nicht eine «Gesellschaft zu Förderung der Viehzucht» habe. Es gäbe sogar Gemeinden, die über mehrere solcher Gesellschaften verfügten<sup>203</sup> (vgl. *Tabelle 11*<sup>204</sup>).

Eine weitere, wichtige Sache betraf die Schaffung eines Instrumentariums, mit dem die Bauern ihre landwirtschaftlichen Vorhaben finanzieren konnten. Die Kantonbank gewährte zwar Kredite; sie verlangte aber Sicherheiten, die viele Bauern nicht leisten konnten. Sie sollte weiterhin speziell für die Hypothekarkredite und Realkredite zuständig sein; für Personalkredite des einzelnen Bauern müssten andere Möglichkeiten geschaffen werden.<sup>205</sup> Eine Lösung sah man in

der Gründung von sog. Raiffeisenkassen nach deutschem Vorbild. Eine Raiffeisenkasse sollte ein exakt umschriebenes Gebiet umfassen und war folgendermassen aufgebaut:

- Alle Mitglieder haften solidarisch
- Die Verwaltung, mit Ausnahme des Kassiers, arbeitet unentgeltlich
- Es wird nur Mitgliedern Geld geliehen
- Es werden keine Dividenden ausgeschüttet. Der Reingewinn fliesst in einen Reservefonds
- Die einzelnen Kassen sind überregional zu einer Zusammenarbeit verpflichtet. Deshalb müssen sie sich zu einer zentralen Union vereinigen<sup>206</sup>

Die Raiffeisenidee vermochte jedoch im Kanton Graubünden nur langsam Fuss zu fassen. Während des untersuchten Zeitraums wurde in der Surselva nur eine einzige derartige Kasse gegründet, nämlich 1919 in Trun.<sup>207</sup>

1902 wurde das neue Zolltarifgesetz von den eidgenössischen Räten verabschiedet. Es sollte die schweizerische Wirtschaft durch erhöhte Zölle vor der ausländischen Konkurrenz schützen und dadurch dem Bund für seine stetig zunehmende Arbeit Einnahmen verschaffen. Alle wichtigen europäischen Staaten waren schon seit geraumer Zeit vom Freihandel zur Schutzzollpolitik übergegangen. Die Schweiz war – mit dem alten Freihandelssystem – eine Ausnahme. Seitens der Landwirtschaft war man überzeugt, dass dieses Gesetz zum Schutz der eigenen Produkte unbedingt notwendig war, da die ausländische Konkurrenz ständig stieg. Die Einfuhr von Vieh musste eingedämmt werden.<sup>208</sup> Die Arbeiterschaft und einzelne Industriezweige ergriffen jedoch das Referendum und brachten innert kürzester Frist 110 000 Unterschriften zusammen.<sup>209</sup> Seitens der Arbeiterschaft befürchtete man ein Hochschnellen der Preise. Es ist in verschiedener Hinsicht besonders interessant, den Abstimmungskampf im Kanton Graubünden zu verfolgen. Hinter dem Referendum sah man hier vor allem die rote Gefahr durch die Arbeiter: «An der Spitze dieser Bewegung weht umgeben von zahlreichen Fabrikarbeitern in grossem Triumph die rote Fahne.»

Gegen diese gottlosen Machenschaften musste gekämpft werden; der junge Agronom aus Graubünden, der als Fachmann diesen Artikel für die «Gasetta Romontscha» geschrieben hatte, rief zum Schluss:

«Jeder Bündner, jeder Schweizer, der in seinem Herzen nur einen Funken von Patriotismus spürt, wird deshalb sich weigern, seinen Namen auf die Referendumsliste gegen den neuen Zolltarif zu setzen.»<sup>210</sup>

Caspar Decurtins war der Meinung, der neue Zolltarif gäbe den Bauern, der Kleinindustrie und dem Handwerk erstmals die Gelegenheit, ihre Interessen zu formulieren, vor allem nachdem dies den Arbeitern und der Industrie schon verschiedene Male bei der Abschliessung von Handelsverträgen möglich gemacht worden sei.<sup>211</sup>

Im weiteren schrieb er:<sup>212</sup>

«Sozial gesehen ist der Bauer der typische Vertreter des Mittelstandes. Wohl kennt der Bauer den Reichtum der Kapitalisten nicht, aber er weiss auch nichts vom schlimmen Elend und vom Hunger der Arbeiter in Zeiten der Arbeitslosigkeit.»

Die Stossrichtung der Argumentation wird sichtbar: Gegen Kommunismus und Kapitalismus; für den Mittelstand, die Bauern, die Kleinindustrie und das Handwerk. Dies war eine Art der Beweisführung, die dem Bündnervolk, so auch den Oberländern, einleuchtete.

Die Vorlage wurde in Graubünden und in der Surselva mit einem sehr hohen Ja-Stimmenanteil angenommen. Einzig die grösseren Orte wiesen durchschnittlich grössere Nein-Stimmenanteile auf: Disentis 19,4 %, Trun 13,7 %, Ilanz 18,1% und Castrisch – ganz aus dem Rahmen fallend – 48%. Die Nein-Stimmen stammten grösstenteils aus Gemeinden, die Kleingewerbe und Handwerk aufwiesen. Der «Fall Castrisch» ist schwierig zu erklären. Es ist möglich, dass diese protestantische Gemeinde für die Propaganda «gegen die gottlosen Roten», wie sie vom Katholiken Decurtins und der «Gasetta Romontscha» betrieben wurde, weniger empfänglich war.

Im Frühling 1912 stimmte der Bündner Souverän über die Revision des kantonalen Gesetzes betreffend Viehversicherung aus dem Jahr 1898 ab. Der Versicherungsschutz war grundsätzlich freiwillig. Zur Gründung einer kollektiven Versicherung in einer Gemeinde waren zwei Drittel der Viehbesitzerstimmen erforderlich, nur die Hälfte aber zu deren Auflösung. Das Gesetz sollte dahingehend revidiert werden, dass umgekehrt zur Gründung einer Versicherung die Hälfte der Viehbesitzerstimmen, zur Auflösung aber zwei Drittel davon benötigt würden. Dadurch sollte die Viehversicherung gefördert werden. Ein Obligatorium hätte vermutlich keine Gnade vor dem Souverän ge-

funden. Derart massive Eingriffe in die Belange des Einzelnen und der Gemeinden wurden gar nicht geschätzt. Dies demonstriert auch das Abstimmungsresultat: Die Vorlage wurde mit 4993 Ja zu 3947 Nein angenommen. Die Stimmbeteiligung betrug lediglich 36%, was für die damalige Zeit äusserst wenig ist. Die schwache Stimmbeteiligung wurde durch die vielen Urnengänge, die während eines relativ kurzen Zeitraums stattfanden, erklärt.<sup>213</sup>

Die Viehversicherung wurde schnell zu einem Erfolg.<sup>214</sup> Der Krieg schuf eine unsichere politische Situation, und die Bedrohung durch die Maul- und Klauenseuche war gross.

Nach den schrecklichen Schäden, welche die Seuche im Jahr 1914 verursacht hatte, visierte man die Gründung eines kantonalen Hilfsfonds zur Deckung von Seuchenschäden an. Gemeinsame Träger sollten der Kanton, die Gemeinden und die einzelnen Viehbesitzer sein. So würde niemand finanziell zu sehr belastet. Im Jahr 1907 besaßen schon 16 Kantone solche Kassen. In Graubünden waren alle diesbezüglich unternommenen Anläufe zur Gründung eines Fonds gescheitert, nämlich in den Jahren 1844, 1849, 1866, 1872 und 1899. Die Gelder des Fonds sollten ausser zur konkreten Hilfeleistung auch noch zur Seuchenbekämpfung verwendet werden. Der Fonds sollte jährlich mit mindestens 30 000 Franken gespiesen werden. Daran hätten Kanton, Gemeinden und der einzelne Viehbesitzer je 10 Rappen pro Stück Vieh zu bezahlen. Dies ergäbe bei 83 700 Stück Vieh (Pferde inbegriffen) ungefähr 25 000 Franken. Der Restbetrag sollte sich aus folgenden Posten zusammensetzen:

aus dem Nettogewinn der Erstellung von Gesundheitsscheinen (ca. 6000 Franken, aus den jährlichen Beiträgen für ausländisches Vieh auf den Bündner Alpen (50 Rappen pro Stück), aus den Erträgen von Bussen, die aufgrund von Übertretungen seuchenpolizeilicher Massnahmen verhängt worden waren, aus den Bundesentschädigungen.<sup>215</sup>

Der Fonds wurde bei der Volksabstimmung anfangs November 1914 deutlich angenommen.<sup>216</sup>